

# ANTIZIGANISMUS IN ÖSTERREICH

ROMANO  CENTRO

Romano Centro, Sonderheft Nr . 83, November 2015

## Falldokumentation 2013 – 2015

Informationen für Betroffene und ZeugInnen

# WO KANN ICH MICH ALS UNTERNEHMER/IN ZU HAUSE FÜHLEN?

## SERVICE

**NETZWERK  
DIVERSITY**

**01/514 50-1070**

E [diversity@wkw.at](mailto:diversity@wkw.at)  
W [wko.at/wien/diversity](http://wko.at/wien/diversity)



**WKO** WIEN

WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

Weiter kommen.



### THARA informiert.

THARA ist eine Initiative der Volkshilfe Österreich, die sich für die Anliegen von Roma und Romnija am österreichischen Arbeitsmarkt einsetzt.

#### THARA bietet:

- Berufs-, Karriere- und Sozialberatung
- Gründungsberatung
- Infotainment-Veranstaltungen
- Workshop-Angebote für MultiplikatorInnen
- Online-Portal für Arbeitsuchende, ArbeitnehmerInnen und Unternehmen

#### Mehr Informationen:

[www.volkshilfe.at/thara](http://www.volkshilfe.at/thara)  
[www.thara-biznis.at](http://www.thara-biznis.at)  
[www.facebook.com/THARA.Volkshilfe](https://www.facebook.com/THARA.Volkshilfe)

Volkshilfe Österreich  
Auerspergstraße 4  
1010 Wien

E-Mail: [office@volkshilfe.at](mailto:office@volkshilfe.at)  
Telefonnummer: +43 1 402 62 09

**THARA** volkshilfe.

Die Erstellung dieses Berichtes  
wurde gefördert von:

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH



**OPEN SOCIETY  
FOUNDATIONS**



Stadt+Wien

---

## DISKRIMINIERUNG ERFAHREN? WIR HELFEN!

**Romano Centro** bietet Beratung für Betroffene von Diskriminierung an, klärt über (rechtliche) Möglichkeiten auf und unterstützt als Mitglied des Klagsverbands zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern auch bei einer allfälligen Klage. Termin nach Vereinbarung!

Hofmannsthalgasse 2/2, 1030 Wien | Tel. 01 749 6336 15 | [office@romano-centro.org](mailto:office@romano-centro.org) | [www.romano-centro.org](http://www.romano-centro.org)

---

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Vorwort /</b> .....	<b>4</b>
<b>10 Fragen zu Antiziganismus /</b> .....	<b>5</b>
<b>Die „Bettelmafia“ – eine antiziganistische Vorstellung /</b> .....	<b>7</b>
<b>Medien /</b> .....	<b>8</b>
<b>Rechte Medien /</b> .....	<b>11</b>
<b>Politik /</b> .....	<b>13</b>
<b>Zugang zu Gütern und Dienstleistungen /</b> .....	<b>15</b>
<b>Internet /</b> .....	<b>17</b>
<b>Polizei /</b> .....	<b>21</b>
<b>Öffentlicher Raum /</b> .....	<b>23</b>
<b>Bildung /</b> .....	<b>24</b>
<b>Arbeitswelt /</b> .....	<b>25</b>
<b>Weitere Fälle /</b> .....	<b>26</b>
<b>Zusammenfassung /</b> .....	<b>28</b>
<b>Unterstützung /</b> .....	<b>29</b>

## ROMANO CENTRO – VEREIN FÜR ROMA

Der Verein *Romano Centro* wurde 1991 als eine der ersten Roma-Selbstorganisationen in Österreich gegründet, in ihm sind Roma und Romnja aus verschiedenen Gruppen vertreten. Schwerpunkte der Vereinstätigkeit liegen in den Bereichen Kultur und Bildung, in den letzten Jahren vermehrt auch in der Rechts- und Sozialberatung und in der Anti-Rassismus-Arbeit. Seit November 2015 führt *Romano Centro* außerdem „Romano Žuralipe – Programm zur Stärkung von Roma und Romnja am Arbeitsmarkt“ durch. Der Verein gibt vierteljährlich die Zeitschrift

*Romano Centro* heraus, betreut 120 Kinder in der Lernhilfe, beschäftigt vier Roma-Schulmediatorinnen in acht Wiener Schulen, bietet Sozial- und Frauenberatung an, engagiert sich gegen Rassismus und unterstützt Betroffene, organisiert Veranstaltungen und unterhält eine Fachbibliothek. *Romano Centro* bietet Workshops und Vorträge an.

**Unsere Arbeit wird unterstützt von: Bundeskanzleramt, BMBF, BMASK, ESF, Stadt Wien, Open Society Initiative, Spendenparlament, respekt.net. und Zukunftsfonds.**

### IMPRESSUM

#### Medieninhaber:

Romano Centro – Verein für Roma  
Hofmannsthalgasse 2/2, 1030 Wien  
Tel. 0043-1-7496336-15  
Fax: 0043-1-7496336-11  
[www.romano-centro.org](http://www.romano-centro.org)  
[office@romano-centro.org](mailto:office@romano-centro.org)

#### Bankverbindung:

Bank Austria  
IBAN: AT70 1200 0006 7110 6508,  
BIC: BKAUATWW

**Redaktion:** Ferdinand Koller  
unter Mitarbeit von Bente Gießelmann,  
Andrea Härle, Krisztina Kőszegi,  
Tobias Neuburger, Thomas Weiss  
**Gastautor:** Nikolai Schreiter  
**Graphik:** Miwa Meusburger  
**Druck:** Donau Forum Druck Ges. m. b.

# VORWORT

**W**ir geben heuer zum zweiten Mal einen Bericht über antiziganistische Vorfälle in Österreich heraus. Unsere Motivation dafür ist eine zweifache: wir möchten die Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam machen und über Funktionsweise und Auswirkungen von Antiziganismus informieren und wir möchten jenen, die von antiziganistischer Diskriminierung betroffen sind, Mut machen, darüber zu berichten und sich zu wehren. 2013 haben wir den ersten Bericht zu Antiziganismus in Österreich herausgegeben, in dem 82 Fälle dokumentiert waren. Der Bericht hat großes mediales Echo hervorgerufen, zahlreiche namhafte Medien berichteten von der Pressekonferenz und zitierten einzelne Fälle aus dem Bericht. Erfreulicherweise hat sich der ÖBV (Österreichischer Bundesverlag

Schulbuch GmbH & Co. KG) bei uns gemeldet, und gefragt, wie aus unserer Sicht mit problematischen Begriffen („Zigeuner“) in Schulwörterbüchern umgegangen werden soll und wie wir die Darstellung von Roma und Sinti in den österreichischen Schulbüchern beurteilen. In der für 2016 geplanten Neuauflage des Österreichischen Schulwörterbuchs wird es ein Kapitel über den Umgang mit diskriminierenden, pejorativen Wörtern geben, die Wörter, auf die dies zutrifft werden im Nachschlageteil markiert und die Markierung wird jeweils auf das erklärende Kapitel verweisen. Der ÖBV wird uns die Erklärungen, die sich auf antiziganistische Wörter beziehen zur Stellungnahme übermitteln. In unserer Wahrnehmung hat sich der öffentliche Diskurs über „Roma“ weiter auf die Debatte über BettlerInnen verengt. Das merken wir bei Workshops und Diskussionen, das fällt auch in den Medien auf: Als sich das Rohrbombenattentat von Oberwart, bei dem 1995 vier Roma ermordet worden waren, heuer zum 20. Mal jährte, kamen viele Medien in ihrem Bericht darüber nicht ohne den Hinweis auf das „Bettlerproblem“ aus, auch wenn zwischen den beiden Themen ganz offensichtlich kein Zusammenhang besteht. Eine erfreuliche Ausnahme stellten die Medienberichte über die

vom Romano Centro gemeinsam mit der Initiative Minderheiten, dem Landesmuseum Burgenland und dem Wien Museum gestaltete Ausstellung „Romane Thana – Orte der Roma und Sinti“ dar.

## **Danke!**

Wir bedanken uns bei allen KooperationspartnerInnen, ohne deren Unterstützung dieser Bericht nicht zustande käme. Besonders wichtig sind dabei jene Organisationen, die antiziganistische Vorfälle dokumentieren und uns diese Fallbeschreibungen anonymisiert zur Verfügung stellen: ZARA – Zivilcourage und Antirassismus-Arbeit, der Verein Ketani für Sinti und Roma in Linz, der Verein Roma und der Verein Karika in Oberwart, das Referat für ethnische Gruppen der Diözese Eisenstadt, die Bettelobby Tirol, Pax Christi Tirol, der Verein Phurdo Salzburg, die Bettelobby Oberösterreich und die Antidiskriminierungsstelle Steiermark. Des Weiteren bedanken wir uns beim Redaktionsteam, vor allem bei Ferdinand Koller und Bente Gießelmann für die Erstellung dieses Berichtes sowie bei Nikolai Schreiter für seinen Beitrag über das antiziganistische Bild von der „Bettelmafia“. /

Wien, im November 2015

*Romano Centro*

## **WIR INFORMIEREN**

### **Workshops und Trainings zu**

- **Geschichte, Sprache und Kultur der Roma**
- **Roma in Österreich**
- **Antiziganismus und Stereotype über Roma und Sinti**

**halbtägig, ganztägig und mehrtägig, durchgeführt von Roma/Romnja und Sinti/Sintize**

- **für Jugendliche und Erwachsene**
- **Gruppen bis 20 Personen**
- **bei uns oder bei Ihnen**

### **Anfragen an:**

**andrea.haerle@romano-centro.org**  
bzw. 01 749 63 36 14

**Wir machen Ihnen ein passendes Angebot!**

## **ROMANO CENTRO UNTERSTÜTZEN**

**Anti-Rassismus-Arbeit kostet Geld! Die Erstellung dieses Berichtes, die Unterstützung und Rechtsberatung von Betroffenen benötigen Zeit und Geld! Spenden Sie für die weitere Arbeit des Vereins *Romano Centro* gegen Antiziganismus und für die Rechte der Betroffenen!**

**Bank Austria IBAN : AT 70 1200 0006 7110 6508, BIC: BKAUATWW**

# 10 FRAGEN UND ANTWORTEN ZU ANTIZIGANISMUS

**Antiziganismus ist ein Thema, das wenig gesellschaftliche oder mediale Aufmerksamkeit erfährt und zu dem es oft Fragen gibt. Romano Centro kennt viele dieser Fragen aus der Praxis von Workshops und Vorträgen. Wir versuchen hier, die wichtigsten zu beantworten.**

## **Was genau meint „Antiziganismus“?**

Antiziganismus bezeichnet – ähnlich wie der Begriff Antisemitismus – eine bestimmte Form des Rassismus, nämlich gegenüber Menschen, denen zugeschrieben wird, „Zigeuner“ zu sein oder sich „zigeunerisch“ zu verhalten. Der Begriff bezeichnet nicht nur tatsächliche Diskriminierungen oder Übergriffe, sondern zeigt die dahinterliegende Ideologie.

## **„Zigeuner“ darf man doch nicht mehr sagen. Wäre „Rassismus gegen Roma“ nicht der angebrachte Begriff?**

Es gibt keinen perfekten Begriff um ein komplexes gesellschaftliches Phänomen zu beschreiben. „Zigeuner“ ist eine abwertende Fremdbezeichnung, das stimmt. Sie passt aber deshalb genau, um diesen Rassismus zu beschreiben. Denn es werden nicht „Roma“ abgelehnt, so wie sie tatsächlich sind, sondern „Zigeuner“, so wie sie sich die Gesellschaft vorstellt. Es geht um eine Projektion bestimmter Eigenschaften auf eine Gruppe. Der Begriff Antiziganismus versucht diese Ressentiments und ihre Auswirkungen zu beschreiben und als spezifischen Rassismus zu benennen. Klar ist auch, dass von dieser Form des Rassismus nie nur Roma oder Sinti betroffen waren oder sind, sondern alle, denen man unterstellt, „zigeunerisch“ zu sein, z.B. BettlerInnen oder die Jenischen, eine sozial marginalisierte Gruppe, die ebenfalls häufig in fahrenden Gewerben tätig war. Die Begriffe „Rassismus gegen Roma“,

oder „Antiromaismus“ werden dafür kritisiert, dass sie nahe legen würden, die Vorurteile hätten etwas mit dem tatsächlichen Verhalten der betroffenen Personen zu tun.

## **Was ist so schlimm an „Zigeuner“?**

Im deutschen Sprachraum war „Zigeuner“ lange Zeit ein Begriff, der nicht unbedingt eine Ethnie bezeichnete. Jahrhundertlang wurden damit Menschen bezeichnet, die nicht der Norm (v.a. Sesshaftigkeit) entsprachen, erst im 19. Jahrhundert bekam der Begriff eine zunehmend ethnische Komponente. Er wurde vor allem von der Polizei verwendet, um Menschen mit einem bestimmten Lebensstil zu bezeichnen, in Listen aufzuführen und zu schikanieren. Im Nationalsozialismus wurde „Zigeuner“ eine rassistische Kategorie, verfolgt wurden aber auch Personen, die nicht zu den Roma oder Sinti zählen, nach Ansicht der Verfolger aber „nach Zigeunerart“ lebten. Der Begriff „Zigeuner“ beinhaltet immer negative, rassistische Zuschreibungen, deshalb wird er als diskriminierend abgelehnt. Auch „Roma“ kann diese Zuschreibungen enthalten, ist aber eine Selbstbezeichnung mit einer anderen Bedeutung.

## **Wie sehen diese Zuschreibungen aus?**

Es gibt eine Reihe historisch gewachsener Vorurteile. Der Kern des stereotypen Bildes ist, dass die „Zigeuner“ (noch) nicht so zivilisiert wären wie die Mehrheitsgesellschaft, dass sie eine

archaische Parallelgesellschaft bilden und sich nicht integrieren können oder wollen. Sie sind das Gegenbild des braven Bürgers und des fleißigen Bauern. Dieses Gesamtbild besteht aus mindestens drei Vorurteilen:

1. Es wird eine fehlende Identität unterstellt: „Nomadentum“, „Religionslosigkeit“, „Heimatlosigkeit“.
2. Es gibt die Vorstellung, dass sie eine parasitäre Wirtschaftsweise pflegen, das heißt, sie produzieren nichts selbst, sie sind „arbeitsscheu“, leben von den anderen durch „Betteln“, „Trickbetrug“, „Diebstahl“ oder „Sozialmissbrauch“.
3. Dazu kommt noch die Vorstellung von fehlender Disziplin und Rationalität: Vorurteile wie „zügellose Leidenschaft“, „ständiger Tanz“, „In-den-Tag-hinein-Leben“, aber auch Bilder von „Schmutz“ und „Müll“ oder die Vorstellung, dass sie sich nicht an Regeln und Gesetze halten können.

## **Aber es weiß doch jeder, dass Roma das „fahrende Volk“ sind!**

Antiziganistische Vorurteile werden häufig nicht reflektiert und als solche erkannt, deshalb kommen sie immer noch als „wahres Wissen“ daher. Diese Stereotypen werden vermittelt und erlernt, es gibt z.B. zahlreiche Beispiele aus der Literatur, die das stereotype „Zigeuner“-bild enthalten. Hinterfragt wird dieses Bild fast nie und es gibt leider sehr beschränkte Möglichkeiten, etwas über die Geschichte und aktuelle Situation der Roma zu

# 10 FRAGEN UND ANTWORTEN ZU ANTIZIGANISMUS

lernen. Jede, die die Geschichte der Roma kennt, weiß, dass das fahrende Gewerbe eine der wenigen Einkommensmöglichkeiten war, die viele Familien hatten. Viele Roma in Europa sind jedoch seit Jahrhunderten sesshaft, sie haben sich niedergelassen, sobald es ihnen möglich war. Das antiziganistische „Wissen“ kann fatale Konsequenzen haben, das hat der „Fall Maria“ gezeigt: Nachdem 2013 bei einer griechischen Roma-Familie ein blondes Mädchen entdeckt wurde, war sich die Medienwelt sicher, dass es sich dabei um Kindesentführung handeln müsse. Das Stereotyp hat in diesem Fall jede Vernunft außer Kraft gesetzt und in der Folge wurden vermisste Kinder bei „den Roma“ gesucht. In Irland wurden Kinder ihren eigenen Eltern abgenommen, weil auch dort Entführung vermutet wurde. Letzten Endes hat sich herausgestellt, dass weder Maria noch die anderen Kinder „gestohlen“ wurden.

## **Musik oder Tanz sind doch aber keine negativen Zuschreibungen?**

Dennoch sind es Zuschreibungen. Natürlich gibt es eine reiche musikalische Tradition. Die stereotype Vorstellung ist aber, dass sie die Musik „im Blut“ haben. Außerdem implizieren, dass „Zigeuner“ nichts anderes können außer Musizieren, was nicht als „richtige“ Arbeit anerkannt wird. Auch Zuschreibungen von fehlender Disziplin oder Herumfahren werden romantisch verklärt, sozusagen als Alternative zum Leben in der modernen Leistungsgesellschaft, frei von allen Zwängen. Letztlich ist das aber nichts anderes als eine andere Bewertung derselben rassistischen Zuschreibungen von „Heimatlosigkeit“ und „Arbeitsscheu“.

## **Dass viele Roma arbeitslos sind, in Ghettos wohnen und ihre Kinder nicht in die Schule schicken ist doch aber Realität?**

Leider ja. Die Ursache liegt aber nicht in ihrer Kultur, sondern in der jahrhundertelangen Diskriminierung und Ausgrenzung, die in vielen Ländern zu einer sehr ernsten sozialen Situation geführt haben. Es ist wichtig, soziale Probleme nicht zu ethnisieren: die Menschen leben nicht so, weil sie „als Roma“ nicht anders können oder wollen, sondern weil die fehlende gesellschaftliche Teilhabe kein anderes Leben zulässt. Dort wo es weniger Diskriminierung und Ausgrenzung gibt, gibt es weniger Armut und weniger Probleme. Antiziganismus ist nicht nur eine Denkweise, sondern hat massive Auswirkungen auf die Lebensrealität der Betroffenen.

## **Wer ist in Österreich von Antiziganismus betroffen?**

Antiziganismus wirkt auf alle, die potentiell davon betroffen sein könnten. Das äußert sich insbesondere in Angst und Scham: vor allem Roma/Romnja und Sinti/Sintize verstecken häufig ihre ethnische Zugehörigkeit bzw. haben Angst, dass „es“ jemand herausfindet. Junge Menschen aus diesen Volksgruppen sprechen häufig von einem „outing“, wenn sie ihren Freunden zum ersten Mal sagen, dass sie Roma sind. Betroffen sind außerdem Personen, die ins Klischee passen: BettlerInnen, StraßenmusikerInnen oder MigrantInnen aus Südosteuropa. Außerdem die Jenischen, die im Nationalsozialismus ebenfalls als „Zigeuner“ verfolgt wurden.

## **Wer denkt und handelt antiziganistisch?**

Antiziganismus ist wohl eher die Norm als die Ausnahme, da es wenig Sensibilität und Reflexion bezüglich der Vorurteile gibt. Die meisten Menschen in Österreich haben antiziganistische Vorurteile. Das wirkt sich auch auf das Verhalten und Handeln aus, wie sich beispielsweise in Schulen zeigt: LehrerInnen behaupten oft, dass Roma-Kinder stinken würden oder verdächtigen sie immer zuerst des Diebstahls, wenn in der Klasse etwas verloren geht. Oder Vermieter, die aufgrund ihrer Vorurteile glauben, dass Roma unzivilisiert wären und ihnen deshalb keine Wohnung geben möchten.

## **„Eher die Norm“ klingt sehr vage. Gibt es keine Zahlen?**

Leider gibt es zu aktuellem Antiziganismus in Österreich keinerlei Forschung, der Bericht zu Antiziganismus 2013 war überhaupt die erste Publikation zu diesem Thema. Eine Studie zur Bildungssituation von Roma und Sinti<sup>1</sup> hat außerdem gezeigt, dass Antiziganismus auch in der Schule ein Problem darstellt. In Deutschland gibt es Untersuchungen zu antiziganistischen Einstellungen in der Bevölkerung, die zeigen, dass Vorurteile weit verbreitet sind und die Ablehnung sehr groß ist. Um dem Problem besser begegnen zu können und mehr Aufmerksamkeit dafür zu bekommen, wäre es sehr wichtig, mehr zu forschen. /

<sup>1</sup> Mikael Luciak für die Initiative Minderheiten (Hg.): Roma-Bildungs- und-Ausbildungsstudie (ROMBAS) – Studienbericht, Wien 2014.

# DIE „BETTELMAFIA“ – EINE ANTIZIGANISTISCHE VORSTELLUNG

**Die Vorstellung von der „Bettelmafia“ ist in aller Munde. Sie wird als Form „organisierter Kriminalität“ angesehen, die im Wesentlichen darin bestünde, dass BettlerInnen nicht für sich selbst, sondern unter Zwang für andere bettelten.**

Von Nikolai Schreier

Schon 2004, in einem der ersten Artikel in österreichischen Printmedien, in dem der Begriff „Bettelmafia“ vorkommt, sagte ein Polizist: „Wir wissen aus Erfahrungen, dass wir den Beweis nicht führen können, dass die Slowaken nicht freiwillig betteln. Das wäre dann Nötigung. Aber sie sagen nicht gegen die Hintermänner aus.“ Weil, das wird impliziert, diese sie bedrohen würden. Auch würden „die Opfer sich oft nicht als solche sehen“.

Antiziganismus ist mehrfach in der Vorstellung von der „Bettelmafia“ enthalten. Der zweite Wortteil, die „Mafia“, meint eine kriminelle Organisation, die verdeckt operiere, hierarchisch strukturiert und darauf ausgerichtet sei, mit unlauteren Mitteln viel Geld zu verdienen. In „Mafia“ schwingt außerdem immer eine Vorstellung von „Bande“ im doppelten Wortsinn mit: einerseits die kriminelle Bande, die im Begriff der „organisierten Bettelbande“ häufig vorkommt, andererseits die Familienbande, die mit Vorstellungen von „Clan“ oder „Sippe“ verknüpft ist, wie es in Mafiafilmen üblich ist. Das antiziganistische Bild vom hierarchisch und archaisch organisierten „Zigeunerclan“ ist eine Vorlage für die Vorstellung von der „Bettelmafia“.

Im ersten Teil des Wortes „Bettelmafia“, dem Betteln, stecken ebenso antiziganistische Inhalte. Kern des Antiziganismus ist das jahrhundertealte „Zigeuner“-bild. Eines seiner wesentlichen Elemente ist die Unterstellung,

der Lebensunterhalt würde ohne Arbeit bestritten. Diese „Nichtarbeit“ nimmt im Antiziganismus unterschiedliche Formen an: vom Stehlen über das Betteln bis zum Hausieren. Diese Zuschreibungen enthalten häufig den Vorwurf, von dem zu leben, was man vorfindet, was aber vorher bereits einen Besitzer hatte. Das Betteln impliziert zumindest das Einverständnis derer, die etwas geben. Weil aber das Betteln ebenso als „Wesenszug“ derer gilt, die als „Zigeuner“ fremdidentifiziert werden, wie das Stehlen, fürchtet man sich davor, von BettlerInnen nicht nur angebettelt, sondern auch bestohlen zu werden. Diebstähle und Einbrüche, die etwa von rumänischen Staatsbürgern begangen wurden, werden in den Medien deshalb auch häufig „Bettlern“ zugeschrieben.

In der Rede von der „Bettelmafia“ schwingt außerdem implizit mit oder wird explizit betont, dass es eine „osteuropäische Bettelmafia“ sei. Dies bedeutet vor allem, dass die Menschen, die betteln, aus der österreichischen Gesellschaft ausgeschlossen werden, dass sie Fremde seien, die – wiederum nach vermeintlicher „Zigeunerart“ – umherziehen und sich alles holen würden, was sie bekommen können. Neben der Nichtarbeit ist die Unterstellung der „Ortlosigkeit“ im Gegensatz zur bürgerlichen Sesshaftigkeit ein zweites zentrales Element des antiziganistischen Ressentiments, das sich in der Vorstellung von der „osteuropäischen Bettelmafia“ findet.

Es gibt keine Belege für die Existenz einer „Bettelmafia“. Bei den wenigen Fällen, in denen es zu Verurteilungen von „Hintermännern“ gekommen ist, handelte es sich nicht um große Netzwerke mit reichen „Capos“, sondern um Nötigung unter Armen, teilweise innerhalb der Familie. Diese Straftaten sollen nicht relativiert werden, aber sie sind kein Nachweis dafür, dass alle BettlerInnen einer „Mafia“ angehören. Die ständige Wiederholung des stereotypen Bildes der „Bettelmafia“ führt dazu, dass sämtliche soziale Interaktionen unter BettlerInnen als „Beweise“ für die Existenz einer „Organisation“, einer „Mafia“ angeführt werden. Miteinander zu sprechen, zu fahren oder zu wohnen gelten nur für diese Gruppe als sichere Indizien einer „organisierten“, kriminellen Aktivität.

Das Bild der „Bettelmafia“ führt dazu, dass armutsbetroffenen Menschen die Legitimation genommen wird: Sie seien nicht wirklich arm, sondern Teil eines raffinierten kriminellen Geschäftsmodells. Obwohl dieses von antiziganistischen Stereotypen gespickte Bild mit der Lebensrealität der bettelnden Menschen in Österreich nichts zu tun hat, wirkt es sich auf deren Leben aus: Einem Bedürftigen Geld zu geben wird zu einem unerwünschten Verhalten, zu einer naiven Unterstützung einer „organisierten Bande“. Viele Menschen sind verunsichert und geben nichts mehr, was dazu führt, dass die bettelnden Menschen noch weniger Einkommen haben. /

# MEDIEN

Die mediale Darstellung von „Roma“ oder von „Bettlern“ erfolgt meist entlang antiziganistischer Klischees, wobei die beiden Begriffe oft synonym verwendet werden. Roma/Romnja kommen meist nur dann in anderen Zusammenhängen als Betteln, Musik und Kriminalität vor, wenn Roma-Vereine sich aktiv um eine solche Darstellung bemühen. Offen rassistische Artikel sind selten, doch auch die Fokussierung und Einschränkung auf bestimmte Themen wie Betteln verstärkt Ressentiments. Auffallend bei Artikeln über „Roma-Bettler“ ist neben dem Bild der „Bettlermafia“ (siehe S. 7) die abwertende Sprache, die verwendet wird: „hausen“ statt „wohnen“, „gekartt werden“, „Clan“ oder „Sippe“ statt Familie und „Bande“ statt „Gruppe“. Diese Begriffe tragen zur Verfestigung des Bildes der kriminellen Minderheit bei und befeuern zudem die Vorstellungen einer archaischen Lebensweise.

## 1 / KAMPAGNE GEGEN BETTLERINNEN IN DER KRONE /

Die *Kronen Zeitung* veröffentlicht im Jänner 2014 eine Reihe von Artikeln in mehreren Bundesländern, in denen sie vorgibt, die Machenschaften der „Bettler-Mafia“ aufgedeckt zu haben. Die *Kronen Zeitung* verwendet in diesen Artikeln Fotos aus einer Reportage des *National Geographic* (deutsche Ausgabe, September 2012). Die Reportage berichtete über wohlhabende Roma-Familien in Rumänien, die mit Metallhandel und -verarbeitung gut verdienen und in großen Häusern wohnen. Vom Betteln oder kriminellen Aktivitäten war nicht die Rede. Die beiden Fotografen Ivan Kashinsky und Karla Gachet betonten im April 2013 in einem Interview mit der *New York Times*, was sie mit dieser Reportage zeigen wollten: „We wanted to break the image of Gypsies in the street, begging where the cars stop, stealing whatever they can and living in total poverty“. („Wir wollten das Bild der „Zigeuner“, die auf der Straße stehen und betteln, wenn die Autos vorbeifahren, die stehlen, was sie können und in totaler Armut leben, aufbrechen.“)

Die *Kronen Zeitung* jedoch erfindet zu diesen Fotos eine Geschichte über die „Bettler-Mafia“ und behauptete, dass die großen Häuser, die auf den Fotos zu sehen sind, den „Hin-

termännern“ jener Menschen gehören, die in Graz, Salzburg oder Linz betteln. Es gibt sowohl Artikel, in denen die *Krone* vorgibt, dass sie die Recherche selbst durchgeführt habe, als auch solche, in denen betont wird, dass das „US-Magazin“ die „Masche von Bettler-Hintermännern“ aufgedeckt habe. Den „Clans“, die in diesen Häusern leben würden, wird außerdem noch unterstellt, für zahlreiche Metalldiebstähle in Österreich verantwortlich zu sein. Auch für das Betteln auf den Straßen der österreichischen Innenstädte sollen sie verantwortlich sein: „Hinzu kommt das miese Geschäft mit den eigenen Landsleuten, die busweise unter anderem nach Wien und Salzburg gekartt werden. Diese Menschen werden zum Betteln und dann zum Abliefern des Kleingeldes gezwungen, die Bandenchefs verdienen sich eine goldene Nase. Das Leid und die unmenschlichen Bedingungen, die damit verbunden auch in Salzburg eindeutig zu beobachten sind, scheinen völlig egal zu sein.“

*Romano Centro* und andere LeserInnen melden diese Artikel dem *Presserat*, der ein *selbständiges Verfahren* einleitet und in der Folge eine Verletzung des journalistischen Ehrenkodex feststellt. Bei *National Geographic* zeigen sich die Verantwortlichen der Redaktion in Hamburg zunächst schockiert und erwägen rechtliche Schritte gegen die *Krone*. Letztlich kann sich *National Geogra-*

*phic* nicht einmal dazu durchringen, sich öffentlich von dieser Hetze zu distanzieren.

Johann Gudenus (*FPÖ Wien*) nimmt das Thema auf und fordert in einer Presseaussendung eine Verschärfung des Wiener Landessicherheitsgesetzes. Er bezieht sich dabei auf die von der *Kronen Zeitung* erfundene „Dokumentation von *National Geographic*, die das Luxus-Leben der Paten in ihrer rumänischen Heimat beleuchtet“ (siehe Fall Nr. 17).

## 2 / „ROMA-KOLONIE TERRORISIERT KNITTELFELDER“ /

Auf [www.regionaljournal.at](http://www.regionaljournal.at) wird am 26.6.2014 ein Artikel über bettelnde Menschen veröffentlicht, der darüber berichtet, wie diese in Zeltlagern übernachten und es Probleme mit der Entsorgung von Müll gebe. Außerdem wird berichtet, dass sich einige der BettlerInnen „aggressiv“ verhalten würden. Der Beitrag ist mit der übertriebenen und abwertenden Überschrift „Roma-Kolonie terrorisiert Knittelfelder“ betitelt.

## 3 / „MOBILE ETHNISCHE MINDERHEIT“ IN DER KRONEN ZEITUNG /

Die *Kronen Zeitung* veröffentlicht am 06.08.2014 einen Artikel über eine Gruppe von Versicherungs- und

Kreditbetrüger. In der Beschreibung werden die Täter als Angehörige einer „mobilen ethnischen Minderheit“ bezeichnet, was eine eindeutige und unzulässige Zuordnung zur Volksgruppe der Roma bedeutet. Es konnte nicht geklärt werden, ob der Begriff „mobile ethnische Minderheit“ von der Polizei oder von der *Kronen Zeitung* stammt. Er hat sich in den letzten Jahren zu einem vermeintlich neutralen Codewort von Polizei und Medien zur Bezeichnung von Roma etabliert.

## 4 / „HILF DIR SELBST“ – LESERBRIEF IN DER KRONEN ZEITUNG /

In der Tirol-Ausgabe der *Kronen Zeitung* erscheint am 14.04.2014 ein Leserbrief mit dem Titel „Hilf dir selbst“ mit folgendem Wortlaut: „Wir sind machtlos“ sagen die Zuständigen wegen der illegalen Zigeunerlager in Tirol. Wie ist denn das zu verstehen? Heißt das, dass sie gegen

ein paar Zigeuner aufgegeben haben? Ja dann müssen wir Leute mit mehr Rückgrat wählen. Als Kind in den Dreißigerjahren erinnere ich mich, dass Zigeuner nur 24 Stunden an ein und demselben Ort bleiben durften. Danach hieß es: Abmarsch. Warum ging das denn damals? In Salzburg hat einmal ein Bauer auf seinem Grund und Boden die Zigeuner nicht los werden können, weil auch dort die Polizei „machtlos“ war. Da hat er Gülle auf seine Felder geschüttet und so die Unerwünschten vertrieben. Mensch, hilf Dir selbst, dann hilft dir Gott!“

## 5 / TEPPICHBANDE /

Die *Kronen Zeitung* berichtet am 21.12.2013 von einer Gruppe von Betrügern, die Teppiche zu übersteuerten Preisen gereinigt und wertvolle gegen billige Stücke ausgetauscht haben soll. Die Vornamen und der erste Buchstabe des Nachnamens der Verdächtigen

werden genannt – mit dem Beisatz „allesamt Roma oder Sinti“.

Im Online-Artikel auf *kronen.at* vom Vortag fehlt dieser Hinweis auf die ethnische Zugehörigkeit, dennoch wird in den Kommentaren massiv gegen Roma gehetzt: Ein User bezeichnet die abgebildeten Männer als „Transsilvanische Wanderwanzen“, ein anderer meint: „Zigeuner...die haben alle die gleiche Fresse..Inzuchttopfer“. Ein Dritter User fordert gar den Völkermord: „Bitte um ENDLÖSUNG“. *Romano Centro* erstattet eine Anzeige wegen Gutheißung des nationalsozialistischen Völkermordes (Verbotsgesetz).

## 6 / „ROMA-SIPPE“ /

Ein Beispiel für die Verwendung abwertender Sprache im Zusammenhang mit Roma kommt aus der Tageszeitung *Der Standard* vom 1.4.2014. Der Artikel behandelt

---

## ÖSTERREICHISCHER PRESSERAT

Der *Österreichische Presserat* überwacht die Einhaltung der Grundsätze für publizistische Arbeit, des sog. Ehrenkodex für die österreichische Presse. Er ist für die Printmedien und deren Online-Auftritte zuständig. Der *Ehrenkodex* untersagt unter anderem Pauschalverdächtigungen und Pauschalverunglimpfungen von Personen und Personengruppen sowie jede Diskriminierung wegen des Alters, einer Behinderung, des Geschlechts sowie aus ethnischen, nationalen, religiösen, sexuellen, weltanschaulichen oder sonstigen Gründen. Persönliche Diffamierungen, Verunglimpfungen und Verspottungen verstoßen ebenso gegen das journalistische Ethos.

Medien, die sich zu einer verantwortungsvollen Ausübung der Pressefreiheit bekennen, können sich der Kontrolle des *Presserates* freiwillig unterwerfen, um sich in konkreten Anlassfällen durch diesen prüfen zu lassen. Nicht unterworfen hat sich etwa die *Kronen Zeitung*.

Es gibt zwei Möglichkeiten, sich z.B. gegen einen rassistischen Artikel beim *Presserat* zu beschweren: Das *selbständige Verfahren* kann von jeder Person durch Meldung eines medienethischen Verstoßes in einem (auch nicht dem *Presserat* unterworfenen) Printmedium oder auf einer zugehörigen Webseite angeregt werden. Die Entscheidungen des *Presserates* werden regelmäßig veröffentlicht. Das *Beschwerdeverfahren* kann nur durch Personen eingeleitet werden, die von der beanstandeten Berichterstattung individuell betroffen sind. Dabei kann zwischen der betroffenen Person und dem Medium eine Schiedsvereinbarung abgeschlossen werden. Jene Medien, die Mitglied des *Presserates* sind, haben sich seiner Schiedsgerichtsbarkeit generell unterworfen. Im Beschwerdeverfahren kann der Abdruck der Entscheidung des *Presserates* im betroffenen Medium durchgesetzt werden.

---

# MEDIEN

den Konflikt zwischen *Caritas* und Stadtpolitik um die Eröffnung einer Einrichtung für bettelende Menschen in Klagenfurt. Die Begriffe „Bettler“ und „Roma“ werden im Artikel bedeutungsgleich verwendet, als ob alle Roma Bettler wären und alle Bettler Roma. Des Weiteren wird statt von einer Gruppe oder einer Familie zu sprechen, abwertend der Begriff der „Roma-Sippe“ verwendet. In einem anderen Artikel des *Standard* vom 21.10.2015 wird eine Frau als „Clanälteste“ bezeichnet.

## 7/ „MOBILE FAMILIEN-CLANS“ /

Wie schon Fall 3 gezeigt, werden TäterInnen oftmals nicht explizit als „Roma“ oder „Zigeuner“ bezeichnet, sondern über andere Bezeichnungen als Roma (fremd)-identifiziert. Der

*Kurier* liefert hierfür in einem Artikel vom 1.12.2014 mit dem Titel „Punshäferln als neue Goldgrube für Diebesbanden“ ein gutes Beispiel. Der Artikel handelt von organisierter Kleinkriminalität osteuropäischer Täter, es wird beschrieben, wie in eigenen Ausbildungscamps Kinder dazu ausgebildet würden, auf den Christkindlmärkten Punshäferl zu stehlen. Die ethnische Zugehörigkeit wird indirekt durch folgenden Satz verdeutlicht: „Hinter dieser Bandenkriminalität stecken zwei in Europa sehr mobile Familien-Clans.“

## 8/ „ZIGEUNER“ IN RATTENBERG /

Die Tiroler Regionalzeitung *Rofan-Kurier* veröffentlicht zwei Artikel, in denen es um „Zigeuner“ in Rattenberg geht. Im ersten Artikel vom

01.07.2014 mit dem Titel „Sommerzeit ist Camping-Zeit in Rattenberg“ werden die vermeintlich unhaltbaren Zustände beschrieben, die einige Campierende auf einem Parkplatz verursachen würden.

Das „Fahrende Volk“ wird als Problem dargestellt, für das es keine Lösung gebe, da die Polizei keine rechtlichen Möglichkeiten habe, gegen das Fehlverhalten der Campierenden vorzugehen. Auch im zweiten Artikel vom 29.09.2015 wird wieder das pejorative Wort „Zigeuner“ verwendet und wie im ersten Artikel in verleumderischer Art und Weise berichtet, wie die campierenden Personen öffentlich ihre Notdurft verrichten würden. Der Presserat forderte die Redaktion der Zeitung bereits nach dem ersten Artikel dazu auf, den pejorativen Begriff „Zigeuner“ nicht mehr zu verwenden.

### Empfehlungen des Europarates

In ihrer *Allgemeinen Politischen Empfehlung zur Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz gegen Roma/Sinti* empfiehlt die *Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)* unter anderem, dafür zu sorgen, dass der für die verschiedenen Roma/Sinti-Gemeinschaften verwendete Name jener ist, mit dem die jeweilige Gemeinschaft bezeichnet werden möchte. Außerdem soll das Bewusstsein der in den Medien Arbeitenden für ihre besondere Verantwortung gefördert werden, damit sie in Ausübung ihres Berufes keine Vorurteile verbreiten und vermeiden, über Zwischenfälle mit Mitgliedern der Roma/Sinti-Gemeinschaft so zu berichten, dass die Roma/Sinti-Gemeinschaft als Ganzes verantwortlich gemacht wird.

## KLAGSVERBAND ZUR DURCHSETZUNG DER RECHTE VON DISKRIMINIERUNGS- OPFERN

→ *Rechtsdurchsetzung  
Dokumentation  
Schulung  
Rechtsfortbildung*



[www.klagsverband.at](http://www.klagsverband.at)

# RECHTE MEDIEN

In FPÖ-nahen, vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)* teilweise als rechts-extrem eingestuft Medien, finden sich immer wieder antiziganistische Artikel. Hauptsächlich werden die Themen „Betteln“, EU-Freizügigkeit und „Sozialmissbrauch“ behandelt. Auch wenn in vielen Artikeln unspezifisch von „Bettlern“ oder „Armutsmigranten“ die Rede ist, wird über die klischeehaften Bilder und die dazugehörigen Bildunterschriften („Zigeuner“, „ziehendes Volk“) deutlich, dass Roma/Romnja gemeint sind.

## 9/ GLEICHBEHANDLUNG ALS „EXTRAWURST“ /

Die Forderung eines deutschen Roma-Vereines, den Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitssystem und Wohnraum auch für die Minderheit der Roma zu gewährleisten und EU-Recht umzusetzen, bezeichnet die österreichische Zeitschrift *Aula* (7-8 2015) als „anmaßend“. Man wolle „Extrawürste, also mehr Geld“ – die Forderung nach Gleichberechtigung wird als bevorzugte Behandlung und der Aktivismus von Selbstorganisationen als „mitleiderheischend“ diffamiert.

## 10/ „BETTLERGSINDEL“ /

Der freiheitliche Bezirksobmann von Bozen, Reinhard Gaiser, fordert im Oktober 2013 in der *Aula* (10/2013), durch ein „rigoroses Bettelverbot“ mit „herumlungernden Schmarotzern“ und „asozialem, nicht integrierbarem Gesindel“ in der Stadt „aufzuräumen“. Das „Bettelvolk“ (im Bilduntertitel als „Zigeuner“ bezeichnet) belästige die Bevölkerung vor allem in der Vorweihnachtszeit und mache durch mafiose Strukturen und vorgetäuschte Invalidität Profit. „Aggressives Betteln“ und die Forderung nach hartem Durchgreifen sind regelmäßig Thema in rechtsextremen Medien mit Titeln wie „Kremser Prügelbettler“ (*Aula* 5/2014) oder „Bettler-Terror“ (*Aula* 11/2014).

## 11/ „GENETISCH BEDINGT ARBEITSSCHEU“ /

In einem Leserbrief in der Zeitschrift *Aula* (6/2014) schreibt ein Leser über „skrupellose Gaunereinen bestorganisierter, fremdvölkischer Banden“ und schlägt „anständigen Rumänen“ vor, wie sie im eigenen Land mit „einer gewissen Ethnie“, die „vielleicht sogar genetisch bedingt arbeitsscheu“ sei, umgehen solle: „Man könnte sie, so wie einst auch wir, in sauberen Unterkünften, z.B. Baracken bei voller Verpflegung, ärztlicher und kultureller Betreuung, für produktiven, gutorganisierten Arbeitseinsatz bei Bezahlung verwenden.“ Abgesehen von rassistischen Zuschreibungen relativiert dieser Leser den Völkermord und verkündet die Vernichtung durch Zwangsarbeit in Konzentrationslagern zu einem versorgten Arbeitseinsatz, mit dem man Roma heute „zum Arbeiten bringen“ solle.

## 12/ ANTHERING „BESETZT“ /

Die *Zur Zeit* berichtet in Ausgabe 9/2013, eine „Gruppe Zigeuner“, ironisierend und nicht weniger pejorativ als „Rotationseuropäer“ und „mobile ethnische Minderheit“ bezeichnet, habe die Wiese eines Salzburger Bauern „besetzt“ und die Ernte vernichtet sowie den Bauern attackiert. Durchreisende Roma werden in diesem Artikel wie eine schädliche Plage beschrieben – tatsächlich hatte eine Gruppe Roma auf einer Wiese campiert und dem

Bauern nach einer Auseinandersetzung eine Entschädigung gezahlt (*Der Standard*, 3.9.2013). Nicht erwähnt wird, dass die Gruppe wenig später im nahen Bischofshofen von Jugendlichen attackiert wurde.

## 13/ „DIE ZIGEUNER KOMMEN“ /

Die Wochenzeitschrift *Zur Zeit* veröffentlichte nach den Schwerpunkten „Die ungeliebte Minderheit“ (Ausgabe 40/2010) und „Zigeuner-Zuwanderung: Ungeliebte Randgruppe“ (Ausgabe 12/2013, beide vgl. Fall 18 im Antiziganismusbericht 2013) auch 2014 eine Schwerpunktausgabe mit dem Titel „Armutsmigration: Die Zigeuner kommen“ (5/2014). Obwohl viele AutorInnen über die Arbeitsmarktöffnung und die Zuwanderung von osteuropäischen MigrantInnen schreiben, wird durch den Titel der Ausgabe und diverse antiziganistische Bildunterschriften deutlich, dass sie eigentlich ein „Problem der Zigeuner-Zuwanderung“ propagieren. An der rassistischen Fremdbezeichnung halten alle AutorInnen fest. Sie unterstellen den Roma, Angehörige einer „dem Europäer fremden Kultur“ zu sein und allein zum Zwecke des „Sozialmissbrauchs“ nach Deutschland und Österreich zu migrieren: „Viele Zuwanderer versuchen sich illegal Einkommen zu verschaffen, oder der Bettelei nachzugehen“.

Auch in anderen rechten Medien findet sich wiederkehrend das Motiv des „Sozialmissbrauchs“: Zugewanderte

# RECHTE MEDIEN

Roma kämen nach dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien, um sich mit „diversen Tricks die arbeitslose Grundversorgung zu erschleichen“ um sich in „das soziale Netz fallen zu lassen“ (fakten 2/2014).

Der Artikel „Das gar nicht lustige Zigeunerleben“ von Anna Krassnitzer aus *Zur Zeit* 5/2014 stellt Roma als besonders problematische Volksgruppe dar. Die Autorin vertritt die Auffassung, dass diese „[w]enn man sie bettelnd auf der Straße ... [sehe], ... aber eher beschämend, fremdartig [wirkten] und vielen eckelt es sogar vor ihnen“. Sie würden „alles an sich reißen, was nicht ‚niet- und nagelfest‘“ sei, und „wo sie hinkamen,

zerstörten sie die Infrastruktur“, sie „trinken und verprügeln ihre Frauen weil diese ebenfalls trinken“. Sie seien „Nomaden, die bildungsfern, ohne Zeit- und Eigentumsempfinden ihren Alltag leben“, deren „Kinder, von denen Zigeuner meist eine ganze Schar haben, dürfen nicht zur Schule gehen“. Ihre Welt sei „eine kalte, schmutzige und hoffnungslose“.

Der *Presserat* leitet aufgrund des letzten Artikels ein Verfahren ein und stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen den Ehrenkodex der österreichischen Presse fest, da die Volksgruppe der Roma durch diesen Artikel auf menschenverachtende Weise pauschal verunglimpft und diskriminiert wurde. *Romano Centro*

erstattet wegen früherer Ausgaben von *Zur Zeit* und des Artikels von Anna Krassnitzer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen sie und Herausgeber Andreas Mölzer, es wird aber kein Verfahren eingeleitet. Von Seiten des Justizministeriums heißt es nach einem Protestbrief, dass die Aussagen den Tatbestand der Verhetzung nicht erfüllt hätten, da „die im Artikel dargestellten Klischees ‚bloß‘ abfällige Herabsetzungen und verletzende Äußerungen sind, die aber nicht auf die Erweckung von Hassgefühlen abzielen. Eine Verletzung der Menschenwürde liegt nicht vor, zumal das Recht auf menschenwürdige Behandlung in keiner Weise abgesprochen wurde.“

---

## VERHETZUNG

**Das Verbot der Verhetzung ist in Österreich in § 283 des Strafgesetzbuches wie folgt definiert:**

- (1) Wer öffentlich auf eine Weise, die geeignet ist, die öffentliche Ordnung zu gefährden, oder wer für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar zu Gewalt gegen eine Kirche oder Religionsgesellschaft oder eine andere nach den Kriterien der „Rasse“, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der Staatsangehörigkeit, der Abstammung oder nationalen oder ethnischen Herkunft, des Geschlechts, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung definierte Gruppe von Personen oder gegen ein Mitglied einer solchen Gruppe ausdrücklich wegen dessen Zugehörigkeit zu dieser Gruppe auffordert oder aufreizt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.**
- (2) Ebenso ist zu bestrafen, wer für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar gegen eine in Abs. 1 bezeichnete Gruppe hetzt oder sie in einer die Menschenwürde verletzenden Weise beschimpft und dadurch verächtlich zu machen sucht.**

Mit einer im Jahr 2012 erfolgten Novellierung wurde der Tatbestand zwar in Ansehung der geschützten Gruppen sowie der Tatbegehungsmodalitäten ausgeweitet, garantiert aber immer noch keinen effektiven Schutz vor Verhetzung. Zum einen ist aufgrund der Voraussetzung der Wahrnehmbarkeit für eine breite Öffentlichkeit Verhetzung in kleinerem Rahmen weiterhin straflos. Zum anderen gelingt der Nachweis des Vorsatzes auf sämtliche Tatbildmerkmale (z.B. „und dadurch verächtlich zu machen sucht“) in der Praxis nur schwer. So liegt Beschimpfung „in einer die Menschenwürde verletzenden“ Weise nach der Rechtsprechung erst dann vor, wenn den Betroffenen durch die Tathandlung das Recht auf Menschsein schlechthin abgesprochen wird. Das wäre etwa der Fall, wenn die der betreffenden Gruppe angehörigen Menschen als „Untermenschen“ bezeichnet werden oder geäußert wird, man solle sie „vergasen“, „vertilgen“ oder „sie gehören alle weggeräumt“.

Nachdem 2013 eine Gruppe Jugendlicher im Raum Bischofshofen auf *Facebook* zu Gewalt gegen einige durchreisende Familien aufgerufen hatte, ist es – nach einer Anzeige von *Romano Centro* (siehe Fall Nr. 61 im Antiziganismus-Bericht 2013) – in acht Fällen zu Verurteilungen zu bedingten Haftstrafen gekommen.

Es ist vorgesehen, 2016 den Tatbestand der Verhetzung mit einer Novelle des Strafgesetzbuches zu präzisieren und teilweise zu erweitern. Ob dies dann tatsächlich mehr rechtliche Möglichkeiten gegen Hetze bringt, oder ob es schwierig bleibt, verächtliche „Hassrede“ rechtlich zu verfolgen, wird sich zeigen. Trotz Kritik hält der Gesetzgeber auch am Begriff der „Rasse“ fest, der impliziert, dass es unterschiedliche „Menschenrassen“ gebe.

# POLITIK

**Politikerinnen und Politiker sind in der Regel wenig sensibel für antiziganistische Vorurteile und Aussagen. Besonders jene der *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)* treten immer wieder mit antiziganistischen Aussagen, Texten oder Postings in den Vordergrund. Sie hetzen teilweise massiv gegen Roma und stellen sie häufig als Bedrohung für die österreichische Bevölkerung oder den Sozialstaat dar. Antiziganismus als Problem thematisiert haben bisher leider nur die *Grünen*.**

## 14/ WAHLKAMPF DER ÖVP /

Die *Salzburger ÖVP (Österreichische Volkspartei)* macht das Betteln zu einem der Hauptthemen des Wahlkampfes für die Gemeinderatswahl am 9.3.2014. Die Partei plakatiert ein Ortsschild mit der Aufschrift „Salzburg – Stadt der organisierten Bettelbanden“. Die Verwendung antiziganistischer Vorstellungen (siehe dazu den Text auf S. 7) kommt bei den WählerInnen allerdings nicht gut an: Die Partei verliert am Wahltag mehr als 8 % gegenüber dem Ergebnis der vorigen Wahl.

## 15/ CAMPIERVERBOT IN WELS /

Der Welser Gemeinderat beschließt am 18.11.2013 eine ortspolizeiliche Verordnung, die das Campieren auf dem Messegelände untersagt. Das Campierverbot richtet sich gegen durchreisende Roma-Familien, die schon seit vielen Jahren immer wieder auf dem Welser Messegelände campiert haben. Im April 2014 stellt der Verfassungsdienst des Landes fest, dass das Verbot rechtswidrig und diskriminierend ist. Der Gemeinderat in Wels weigert sich jedoch, die Verordnung aufzuheben. Auch die Landesregierung macht von ihrer Möglichkeit, eine rechtswidrige Verordnung aufzuheben,

erst am 12.01.2015 Gebrauch, weshalb das rechtswidrige und diskriminierende Verbot mehr als ein Jahr in Kraft gewesen ist. Ebenso wie viele andere KritikerInnen, sieht auch die Leitung der Messe Wels keine Notwendigkeit für ein Verbot. Trotz des Verbotes sind im Sommer 2014 wieder durchreisende Familien auf dem Messegelände. Bei diesen Aufenthalten gibt es weder Probleme noch Anzeigen. Mittlerweile plant die Stadt einen Campingplatz mit geeigneter Infrastruktur zu errichten, der dann unter anderem auch von den durchreisenden Roma-Familien genutzt werden kann.

## 16/ „NICHT KOMPATIBEL ZU SESSHAFTEN KULTUREN“ /

In einem Beitrag auf *FPÖ-TV* vom 21.11.2013 wird in Zusammenhang mit der bevorstehenden Öffnung des Arbeitsmarktes für Bulgaren und Rumänen ein Bedrohungsszenario für Österreich skizziert. Schon am Beginn der Moderation geht es um „Sozialtourismus“, fälschlicherweise wird behauptet, mit der Öffnung des Arbeitsmarktes wäre der freie Zugang ins Sozialsystem möglich. Es wird außerdem betont, es seien zumeist Roma, die in diesen Ländern unter der Armutsgrenze leben und dass diese „keine Krankenversicherung und kaum Bildung“ hätten. Ein Blick nach Deutschland will vermitteln,

was bevorsteht: die Bilder eines einzigen Wohnhauses in Duisburg sollen veranschaulichen, dass „sogenannte Zigeuner-Slums [...] in Deutschland den sozialen Frieden [gefährden]“. Der FPÖ-Generalsekretär und damalige Nationalratsabgeordnete Harald Vilimsky (seit 2014 EU-Parlamentarier) kommt zu Wort, spricht von einem „ungeheure[n] Migrationsdruck“ und fordert: das „Prinzip der Personenfreizügigkeit ist massiv zu überdenken“. Im Anschluss geht es um „organisierte Bettelbanden“ und es werden einige Straftaten geschildert, die ebenfalls „Roma“ bzw. „Bettlern“ zugeschrieben werden. Nach der Schilderung eines Mordes heißt es: „all das sind die fatalen Nebenwirkungen massenhafter Zuwanderung aus einem fremden Kulturkreis“. Gleich darauf wiederum Vilimsky: „Das fahrende Volk, wie Roma und Sinti auch bezeichnet werden, ist in vielen Fällen nicht kompatibel zu sonst sesshaften Kulturen.“

## 17/ PRESSEAUSSENDUNG DER FPÖ /

Kurz nachdem die *Kronen Zeitung* in mehreren Artikeln gegen Roma gehetzt hat (siehe Fall Nr. 1), fordert der Klubchef der *FPÖ Wien*, Johann Gudenus, in einer Presseausendung eine Verschärfung des Wiener Landes-Sicherheitsgesetzes, insbesondere der Bestimmungen zur Bettelerei. Er beruft sich in dieser Presseausendung auf eine „Dokumentation

von *National Geographic*, die das Luxusleben der Paten“ zeige, welche aber von der Redaktion der *Krone* erfunden wurde. „Bettelei ist immer verbunden mit mafiösen Strukturen, Menschen-smuggel und Versklavung“ meint Gudenus und fordert: „Wir kommen um ein generelles Bettelverbot mit einigen wenigen Ausnahmezonen, wie das in Graz geplant ist, nicht herum. Das ist im Sinne der bedauernswerten Opfer, die für die Mafiosi unter menschenunwürdigen Umständen Geld heranschaffen müssen, aber auch im Sinne der Wienerinnen und Wiener, da die Bettler überdurchschnittlich oft kriminell werden und immer wieder auch hochinfektiöse Krankheiten einschleppen.“

## 18 / LANDTAGSDEBATTE IN WIEN /

Die Wiener FPÖ brachte einen Antrag zur Einführung eines sektoralen Bettelverbotes in den Wiener Landtag ein, der in der Sitzung vom 27.11.2014 debattiert wird. Die Freiheitlichen Abgeordneten argumentieren stark mit antiziganistischen Zuschreibungen, um Bettelverbote in bestimmten Bereichen zu begründen, weil das „Bettlerunwesen“ der Bevölkerung nicht mehr zumutbar sei. Der Abgeordnete Wolfgang Seidl meint: „Das erbettelte Geld – wo fließt es hin? Auch das haben wir heute schon gehört. Das fließt an die Hintermänner und an die reichen Roma-Clanchefs in Bulgarien, in Rumänien und auch in der Slowakei. Einige wenige verdienen sich dadurch natürlich eine goldene Nase, indem sie ihre Landsleute ausbeuten. In Rumänien und Bulgarien – und das wissen wir – gibt es jeweils 30 bis 40 Capos, die sich das Land aufteilen. Da weiß man dann, wo das Geld hinkommt.“ Der Abgeordnete Karl Baron spricht

von einer „wahren Bettlerplage. Ausländische, speziell rumänische, bulgarische mafiöse Organisationen, die vorwiegend aus Roma-Organisationen bestehen, überfallen quasi Europa mit ihrem Bettlerunwesen, stören Geschäftsstraßen, Geschäftstreibende, und das ist auf diese Art und Weise nicht mehr länger hinnehmbar.“ Das Bild der Roma als kriminelle Minderheit wird noch verstärkt durch Ausführungen zur „Zucht“ Krimineller: „Wie kommt es dazu? Nun, da gibt es furchtbare Geschichten, die leider allesamt wahr sind. Es gibt in Bulgarien, Rumänien und in Serbien Ausbildungscamps, Ausbildungslager, wo Menschen regelrecht zum Betteln gezüchtet werden, zum Betteln, zum Stehlen und für die Prostitution. Und das im 20. Jahrhundert, 2014 in Europa! Und das ist auf diese Art und Weise nicht hinnehmbar.“ Der Antrag wird abgelehnt. Die Grünen beantragen für die Ausführungen des Abgeordneten Baron einen Ordnungsruf, da diese menschenverachtend wären. Der Vorsitzende folgt dieser Ansicht nicht.

## 19 / VERHETZUNG DURCH BEZIRKSRAT /

Markus Gudenus, FPÖ-Bezirksrat in Wien Wieden und Bruder des designierten Wiener Vizebürgermeisters Johann Gudenus, postet am 23.10.2013 auf seinem Facebook-Profil folgenden Kommentar zu einem Link eines Artikels der Tageszeitung *Österreich*: „Ein weiterer Volkssport der Roma ist nicht nur das Entführen von Kindern um zusätzliches Kindergeld zu kassieren, sondern auch das Verführen von fremden Männern auf der Strasse, U-Bahn etc., um diese dann zu Hause mit K.O. Tropfen zu betäuben und auszurauben! Diese mobilen Minderheiten sind großteils Arbeits-

verweigerer und versuchen meist mit kriminellen Mitteln und Bettelei an Geld zu kommen!“.

Der Artikel in der Tageszeitung *Österreich* mit dem Titel „Venusfalle: Unbekannte nimmt Wiener aus“ handelt von einer Frau, die einen Mann betäubte und ausraubte. Von der ethnischen Zugehörigkeit der vermeintlichen Täterin ist nicht die Rede. Der Kommentar von Markus Gudenus wird von zahlreichen Personen mit einem „Gefällt mir“ markiert, darunter auch Johann Gudenus. Karl Öllinger, Nationalratsabgeordneter der *Grünen* und Betreiber der Internetseite *stopptdierechten.at*, bringt Anfang Oktober 2015 eine Sachverhaltsdarstellung wegen des Verdachts auf Verhetzung bei der Staatsanwaltschaft Wien ein.

## 20 / MÜNZDIEBSTAHL AUS BRUNNEN /

Am 14.05.2014 bringt die FPÖ eine parlamentarische Anfrage „betreffend Münzdiebstahl aus Zierbrunnen“ ein. Die Abgeordneten beschreiben das Werfen von Münzen in Brunnen als „altes Volksbrauchtum“ und behaupten, es gebe viele Beschwerden darüber, „dass vor allem organisierte Banden in die Zierbrunnen steigen und die Geldstücke entwenden“ und dieses Brauchtum dadurch zerstört werde. Grundlage für die Anfrage ist ein Artikel auf der FPÖ-nahen Webseite *unzensuriert.at* (siehe auch 36) mit dem Titel „Roma-Frauen fischen Geldbrunnen leer“ vom 6.4.2014, der als vermeintlichen Beweis nur ein altes Foto zweier Frauen in einem Wiener Brunnen anführt. Das Innenministerium antwortet auf die Fragen der Abgeordneten, dass es dazu keine Auskunft geben kann, weil darüber keine Statistiken geführt werden.

# ZUGANG ZU GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN

Auch in Alltagssituationen – wie beim Besuch eines Cafés oder bei der Wohnungssuche – sind Menschen immer wieder von Diskriminierung aufgrund ihrer (vermeintlichen) ethnischen Zugehörigkeit betroffen. Das tatsächliche Ausmaß derartiger Fälle kann nicht abgeschätzt werden, zumal davon auszugehen ist, dass der Großteil weder von Betroffenen noch von ZeugInnen gemeldet wird. Die hier vorgestellten Vorfälle verdeutlichen auf erschreckende Art wie Menschen in alltäglichen Situationen von rassistischen Beleidigungen und Diskriminierungen betroffen sind.

## 21 / VERWEIGERTE REISE /

Sowohl die *Wiener Zeitung* als auch ungarische Medien berichten im Juni 2015 über folgenden Vorfall: Frau F., eine Romni mit ungarischer Staatsbürgerschaft, wollte am 8. April 2015 vom Flughafen Wien-Schwechat nach Kanada fliegen. Die 60-jährige Akademikerin hatte sich im Vorfeld um alle erforderlichen Angelegenheiten gekümmert: sie hatte ein Rückflugticket, ausreichend Geld und Adressen von kanadischen Freunden, die für sie bürgten. Ungarische Staatsbürger brauchen für Kanada kein Visum. Am Flughafen Wien-Schwechat wurde sie beim Check-In Schalter einer österreichischen Fluglinie jedoch zu einem Mit-

arbeiter einer privaten Sicherheitsfirma geschickt, der ihre Personendaten noch einmal überprüfen sollte. Frau F. musste den Zweck ihrer Reise und die Herkunft des Bargelds erklären, außerdem wurden von ihr die Telefonnummern ihrer kanadischen Freunde verlangt, um zu überprüfen, ob diese sie tatsächlich eingeladen hatten. Die Weiterreise wurde dann vom Mitarbeiter der Sicherheitsfirma verweigert: Er habe die Freunde in Kanada nicht erreicht, deshalb sei eine Weiterreise nicht möglich. Die Freunde von Frau F. sagten ihr später, dass sie im betreffenden Zeitraum keine Anrufe erhalten haben. Da in Ungarn ähnliche Fälle von Roma-Familien bekannt wurden, denen am Flughafen Wien-Schwechat die Ausreise in Richtung Kanada

verweigert wurde, gehen die Betroffenen davon aus, dass sie aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit bzw. ihrer dunklen Hautfarbe nicht nach Kanada gelassen wurden.

## 22 / BELEIDIGUNG IM ZUG /

Frau P. fährt im Oktober 2014 mit dem Zug von Wiener Neustadt in Richtung Aspang. Sie beobachtet, wie der Schaffner einen jungen Mann aus Rumänien kontrolliert, der offenbar kein Ticket hat. Der Schaffner beginnt den jungen Mann rassistisch zu beleidigen und sagt: „Heut‘ hab ich schon so viele von euch Zigeunern erwischt!“ Frau P. meldet den Fall bei der Beratungs-

## DISKRIMINIERUNG IM BEREICH WOHNEN

Das *Gleichbehandlungsgesetz* verbietet Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit beim Zugang zu Wohnraum. Wird z.B. der Abschluss eines Mietvertrages verweigert, hat der/die Betroffene Anspruch auf Ersatz des Vermögensschadens und auf Entschädigung für die erlittene persönliche Beeinträchtigung. Schadenersatz muss in diesem Fall beim zuständigen Bezirksgericht eingeklagt werden, wobei das Prozesskostenrisiko zu beachten ist. Die *Gleichbehandlungsanwaltschaft* (<http://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at/>) bietet dabei kostenlose rechtliche Beratung und Unterstützung.

Sind Wohnungen aus dem Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen (z.B. Gemeindewohnungen), kommen die Antidiskriminierungsgesetze der Bundesländer zur Anwendung. In Wien und Niederösterreich verlangen diese z.B. vor dem Gerichtsweg die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens: In diesem Fall ist die Einbringung einer Klage bei Gericht erst möglich, wenn die zuständige Stelle (NÖ: Antidiskriminierungsstelle, Wien: Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen), das Nichtzustandekommen einer Einigung bestätigt. Kommt eine Einigung zu Stande, kann dieser Vertrag von beiden Seiten gerichtlich durchgesetzt werden.

In Wien unterstützen die *Wohnpartner* BewohnerInnen von Gemeindebauten bei Nachbarschaftskonflikten. Das Angebot ist gratis und kann von allen BewohnerInnen städtischer Wohnhausanlagen genutzt werden.

# ZUGANG ZU GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN

stelle ZARA und informiert sich, da sie selbst eine Beschwerde an die ÖBB verfassen möchte.

## 23 / BESCHIMPFUNGEN IM WOHNHAUS /

Eine Hausbesitzerin aus Wien wendet sich mit folgendem Problem an die Beratungsstelle ZARA. Sie vermietet mehrere Wohnungen, eine davon an eine ungarisch-slowakische Familie. Zwei andere Mieter beschimpfen diese immer wieder als „Dahergelaufener Slowak!“ und „Zigeuner“. Auch die Hausbesitzerin wurde von diesen Mietern schon gefragt, ob das Haus denn überhaupt noch ihr gehöre, oder ob „die“ machen könnten, was sie wollten. Da es ihr ein Anliegen ist, dass diese Diskriminierungen nicht fortgesetzt werden und sie sich nicht sicher ist, welche Schritte gesetzt werden können, wendet sie sich an ZARA. Dort wird sie zu verschiedenen Handlungsmöglichkeiten

beraten. Es wird entschieden, eine Enkelin der Hausbesitzerin als eine Art Mediatorin einzusetzen, die zwischen den Konfliktparteien vermittelt. Diese Vermittlung zeigt bald den gewünschten Erfolg: die betroffene Familie wird nicht mehr beschimpft.

## 24 / BELÄSTIGUNG IM CAFÉ

Frau M. sitzt am 03.05.2015 in einem Café am Hauptbahnhof Linz, als plötzlich drei Männer am Nebentisch beginnen, vier andere Gäste des Cafés zu beschimpfen, da diese miteinander nicht Deutsch sprechen. Unter anderem werden die Gäste als „Zigeuner“ beschimpft. Der Kellner unternimmt nichts, um diese Beschimpfungen zu unterbinden und bedient die rassistischen Gäste weiter. Einer der Betroffenen fragt ihn, ob der Chef zu sprechen sei. Der Kellner meint, dass der Chef nicht da wäre, worauf die betroffenen

Gäste das Lokal verlassen. Frau M. meldet den Fall an ZARA und informiert sich über Möglichkeiten in so einer Situation zu handeln. ZARA klärt sie darüber auf, sie verzichtet dann aber auf weitere Schritte.

## 25 / BESCHIMPfung VON KINDERN /

Eine ältere Bewohnerin einer Wohnhausanlage in Oberwart geht im Juli 2015 des Öfteren auf Roma-Kinder am Spielplatz los und beschimpft diese unter anderem mit „Verschwindet ihr Zigeuner!“ oder „Ihr gehört zurück geschickt von wo ihr herkommt!“ Nach mehreren verbalen Übergriffen auf die Kinder kontaktieren deren Eltern den Bürgermeister, der einschreitet und die Situation klärt. Die Frau, die die Kinder beschimpft hat, wird von der Wohnhausverwaltung und der Stadtgemeinde abgemahnt.

---

## DISKRIMINIERENDE DIENSTLEISTUNGSVERWEIGERUNG

Das *Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen (EGVG)* bietet eine Möglichkeit, sich gegen rassistische Diskriminierung oder Diskriminierung aufgrund einer Behinderung oder gegen die Hinderung am Zugang zu für den öffentlichen Gebrauch bestimmten Orten und Dienstleistungen, etwa beim Einkaufen oder beim Zutritt zu Lokalen, zu wehren. Rassistische Diskriminierungen in diesem Bereich können bei der Bezirkshauptmannschaft (in Wien beim Magistrat) angezeigt und mit Verwaltungsstrafen bis zu 1.090 Euro geahndet werden. Ebenso wird die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts im Sinne des Verbotsgesetzes nach dem EGVG mit einer Geldstrafe bis zu 2.180 Euro bestraft. Betroffene können im Verwaltungsstrafrecht im Verfahren bloß als Zeuginnen auftreten. Sie werden daher nicht über den Ausgang des Verfahrens informiert. Auch sieht das *EGVG* – anders als das *Gleichbehandlungsgesetz* (siehe unten) – keine Möglichkeit des Schadenersatzes für Betroffene vor.

Nach der *Gewerbeordnung* wäre die Gewerbeberechtigung im Falle eines obengenannten Verstoßes gegen das *EGVG* von der Bezirksverwaltungsbehörde zu entziehen. Soweit überblickbar ist es aus aufgrund rassistischer Diskriminierung in der Praxis jedoch noch nie zu einer Entziehung der Gewerbeberechtigung gekommen.

Das *Gleichbehandlungsgesetz* schützt ebenfalls bei Diskriminierungen beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen und zu Wohnraum, wenn diese aufgrund des Geschlechts oder der ethnischen Zugehörigkeit erfolgen. Das Gesetz sieht auch einen Ersatz des Vermögensschadens und eine Entschädigung für die erlittene persönliche Beeinträchtigung vor.

---

# INTERNET

Bereits im Antiziganismus-Bericht 2013 hat sich gezeigt, dass das Internet ein zentraler Ort antiziganistischer Hetze ist. In den letzten beiden Jahren sind sowohl die Anzahl der Anzeigen wegen Verhetzung, als auch die Verurteilungen insgesamt stark angestiegen. Besonders die Plattform *Facebook* wird genutzt, um rassistische Inhalte, Beleidigungen und Gewaltaufrufe zu verbreiten, oft im vollen Bewusstsein, dass es sich dabei um Verstöße gegen das Strafgesetz handelt. Im Zuge der „Flüchtlingskrise“, die eine Welle an Hasspostings und verhetzenden Inhalten mit sich brachte, wird aktuell auch die Verantwortung des Unternehmens diskutiert und es wurden bereits Anzeigen gegen *Facebook* eingebracht.

## 26 / „MENSCHENMÜLL“ /

Auf *Facebook* teilt ein User aus Wien am 15.09.2014 in seiner Chronik ein Foto eines anderen Users und verfasst zu diesem Bild einen Text, in dem er massiv gegen „Zigeuner“ hetzt. Er bezeichnet die „Dreckschweine Zigeuner“ als „Menschenmüll“ und fordert, dass die EU-Politiker diesem die Einreise verbieten sollten. Er fährt fort mit „Zigeuner sind genetisch unvollendete Ratten“ und betont, dass er seinen Sohn jeden Tag zur Schule bringen würde, um ihn zu schützen. Im Anschluss schreibt er, dass er „so ein Schwein sofort ‚erschießen‘“ würde und schließt mit der Bemerkung: „die Drecks-Zigeuner stammen aus Indien und haben mit Europa absolut nichts zu tun!“ *Romano Centro* übermittelt daraufhin eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft und ersucht diese, ein Verfahren wegen Verhetzung einzuleiten. Über den Ausgang des Verfahrens wird in der Folge nichts bekannt. Der User postet allerdings am 12.11.2014 auf *Facebook* (Fehler im Original): „Vorsicht; Ich habe eine Vorladung von Verfassungsschutz erhalten weil ich gegen ‚Romazigeuner‘ rassistisch geschrieben habe. Ich schreib nur die Wahrheit und nichts als die Wahrheit und das werde ich den Verfassungsschützern die eigentlich anständige Österreicher schützen sollten statt kriminelle ‚Zigeuner‘! Ich werde mir niemals meinen Mus verbeiben lassen“.

## 27 / PENSIONISTIN HETZT AUF FACEBOOK /

Eine Pensionistin aus dem Bezirk Wiener Neustadt hetzt auf *Facebook* immer wieder gegen Muslime, Roma, Flüchtlinge, Afrikaner und MigrantInnen, würdigt diese ständig herab und ruft teilweise zu Gewalt auf. Antiziganistische Vorstellungen spielen in ihren Hasstiraden eine wichtige Rolle. Was sie über „Zigeuner“ denkt, fasst sie in einem Posting so zusammen (Fehler im Original): „...jedem einzelnen Tier würde ich helfen, als nur einem einzigen dieser stinkfaulen drecken Zigeuner-Balkanbastarde mit einem harten Stück Brot das Leben zu retten...schleicht Euch dort hin, wo ihr hergekrochen kommt...fett, faul, dreckig, arbeitsscheu, kriminell und Misshandler.... ka Wunder wenn die in ihren Herkunftsländern auch keiner will... Hauptsache wir haben diese Hun... am Hals und auf der Tasche .....es gibt tatsächlich Lebensformen, die scheut sogar der Teufel...“ Die Anwendung von Gewalt gegen „Zigeuner“ und andere von ihr so bezeichneten „Untermenschen“ wäre für sie die beste Lösung. Dass das verboten ist, bedauert sie immer wieder, wie dieses Posting zeigt: „Ein von Hunden zugeschissenes Land ist mir allemal lieber, als eine von Türken und Zigeunern besetzte Heimat. Die Hundehaufen kann ich wegräumen, bei den Anderen ist mir das nicht

erlaubt!!!“ An anderer Stelle kommt dies noch deutlicher zum Ausdruck: „...bei uns fahren sehr viele Ungarische – Zigeuner mit Kleinbussen, oft läuten die auch an und fragen, nebstbei spionieren die aber. wenn`st nicht freundlich bist, schimpfen die sogar! Am besten erschießen, aber dann bist im Knast!“ Die Niederösterreicherin ist sich bewusst, dass ihre Postings gegen Gesetze verstoßen. In einem Posting meint sie dazu: „...mich wird bald der Verfassungsschutz beehren, wegen Neger, Zigeuern, Drecksack...naja, die ganze Palette halt“. Die rassistischen und verhetzenden Äußerungen der Pensionistin werden vom Datenforensiker Uwe Sailer gesichert und gesammelt an die Staatsanwaltschaft übermittelt. Im November 2014 wird die 63jährige Pensionistin wegen Verhetzung zu fünf Monaten bedingter Freiheitsstrafe verurteilt.

## 28 / HASSPOSTING GEGEN BETTLER /

Auf einer *Facebook*-Seite, die sich für ein Bettelverbot in Salzburg einsetzt, postet ein 28-jähriger Mann im Frühjahr 2014 folgendes: „Sie stinken! Haben keinen respect vor niemanden! Haben mehr kohle als ich!! (50 std. Job!!!) [...] sie lassen ihren müll überall liegen! Und melden blöd!! Also für mich gibt es eine lösung! dieses scheiss gsindel nach mauthausen und mal duschen lassen in einer der

# INTERNET

berühmtesten duschen welt weit!“ Der Mann wird wegen Verhetzung angezeigt und im Oktober 2014 zu drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Auf dieser und einer anderen Facebook-Seite gibt es noch weitere rassistische Kommentare.

## 29 / POSTINGS AUF SALZBURG.COM /

Unter einem Artikel zum Thema Hasspostings gegen Bettler (siehe oben) auf [www.salzburg.com](http://www.salzburg.com) mit dem Titel „Hasstiraden gegen Bettler: Polizei ermittelt weiter“ postet ein User/eine Userin am 03.05.2014 mit dem Nickname „Engelbert Dollfuß“ zwei rassistische Postings. In den Postings werden die „Bettelzigeuner“ als Nomaden bezeichnet, die keine ehrliche Arbeit verrichten wollen und stattdessen lieber „nur rumschnorren und auf dem Arsch hocken“ würden. Die Postings werden von *Romano Centro* gemeldet, erst wird nur eines entfernt, auf weitere Nachfrage auch das zweite. Die Verantwortlichen der *Salzburger Nachrichten* bedauern in einer Reaktion, dass die Postings mehrere Tage online waren, bevor sie entfernt wurden.

## 30 / HASSPOSTING AUF DER FACEBOOK - SEITE DER POLIZEI /

Im Zusammenhang mit der Debatte um den Akademikerball in der Wiener Hofburg, in der sich auch der Vorsitzende des Volksgruppenbeirates der Roma, Prof. Rudolf Sarközi zu Wort meldet und die Veranstaltung kritisiert, wird auf der Facebook-Seite der Polizei der folgende Kommentar veröffentlicht: „Der Zigeunerpräsident und seine Anhänger könnten ja in Oberwart oder noch besser in Indien demon-

strieren. Zigeuner sind arbeitsscheu, aber mit dem Messer schnell. Zuerst verlassen sie ihre indische Niststätte, dann laden sich die Zigeuner bei uns in Österreich zu Gast, und dann möchten sie auch noch demonstrieren. Wofür eigentlich? Für noch mehr Sozialhilfe oder wofür? Gegen Rechtsextreme können sie nicht demonstrieren, denn die sind es gar nicht wert, dass man gegen sie demonstriert, und was im dritten Reich mit den Zigeunern angeblich passiert sein soll, kann ich nicht bestätigen, da ich zu dieser Zeit nicht gelebt habe.“

Da der Autor/die Autorin den Völkermord in der Zeit des Nationalsozialismus verharmlost, fragt *Romano Centro* bei der Polizei nach, welche rechtlichen Schritte unternommen werden. Trotz mehrmaliger Nachfrage gibt es dazu von Seiten der Polizei keine schriftliche Stellungnahme. Es wird lediglich am Telefon betont, dass man sich „darum kümmern“ werde.

## 31 / BLOG ANDREAS-UNTERBERGER.AT /

Auf dem Blog des Journalisten Andreas Unterberger finden sich diverse Texte, in denen Roma aus Osteuropa „Sozialmissbrauch“, Kleinkriminalität und Vandalismus unterstellt wird. Er selbst verwendet den abwertenden Begriff „Zigeuner“ und verteidigt diesen. Unterberger schreibt verallgemeinernd über Roma, beispielsweise so: „Die Probleme von Kleinkriminalität über Vandalismus über Arbeitsunwilligkeit bis zu den vielen Schwangerschaften kindlicher Mädchen sind nach wie vor in weit überdurchschnittlicher Zahl existent.“ In anderen Blogbeiträgen schreibt er über „die eskalierenden Roma-Probleme in Wien und Linz“ sowie „Roma-In-

vasionen“ in Italien und Frankreich und bezeichnet Roma pauschal als „Problemgruppe“. Die Kommentare zu den Beiträgen haben ebenfalls häufig antiziganistischen Inhalt, ein User schreibt: „Zigeuner sind ganz einfach nicht ‚sozialisierbar‘ bzw. in unserem Sinne ‚zivilisierbar‘. Es handelt sich um ein Wandervolk (daher auch der Ausdruck ‚herumzigeunern‘) mit völlig anderer Lebensauffassung als der landläufig ‚europäischen‘“. Ein anderer User bezeichnet sie am 26.03.2014 „als faules, nichtsnutziges, dafür aber kriminelles und Sozialleistungen erschleichendes Gesindel“, um dann zu einem abstrusen Vergleich anzusetzen, der wiederum die Arbeitsunfähigkeit beweisen soll: „Im Dritten Reich konnten die verbrecherischen Nazis die Zigeuner durch Arbeit vernichten, bei den Juden [...] wurden die Opfer nur stärker [...] und mussten anderweitig ‚beseitigt‘ werden.“

## 32 / QUERSCHÜSSE.AT /

Auf der Internetseite [www.verschuesse.at](http://www.verschuesse.at) wird ebenfalls konsequent der abwertende Begriff „Zigeuner“ verwendet. Der Betreiber der Seite thematisiert die „Zigeuner“ immer wieder als Kriminelle. In einem Artikel vom 27.02.2014 schreibt er über Kriminelle aus Bulgarien und Rumänien: „Tagtäglich lesen und hören wir von rumänischen und bulgarischen Bettlerbanden, von rumänischen und bulgarischen Einbrechern, Autodieben, Räubern, von rumänischen und bulgarischen Kindern, die stehlen geschickt werden, aber gar keine Kinder mehr sind. Man tut den Rumänen und den Bulgaren aber bitter unrecht. Denn diese Leute sind nur nach dem Paß Rumänen und Bulgaren – in Wirklichkeit sind das nämlich Zigeuner.“

### 33 / „KATZEN VERGIFTET“ /

Die *Tiroler Tageszeitung* berichtet in ihrer Online-Ausgabe am 20.3.2015 darüber, dass der Innsbrucker Gemeinderat ein zeitlich und örtlich begrenztes Bettelverbot beschlossen hat. Zum Artikel werden zahlreiche Kommentare verfasst, darunter auch der folgende mit rassistischem Inhalt: „Früher waren die GRÜNEN/INNEN mal eine Partei, die für Natur-, Umwelt-, und Tierschutz eingetreten sind. Und heute? - Ostbanden, die unsren Lebensraum zerstören (Parkplätze verwüsten wie im Oberland Petttau, in Rattenberg P3, Müns-ter...), Auwälder mit Müll zugeschüt- tet(Münster 2014, Brandenberger Ache), ihren Unrat in den Inn kip- pen (Kufstein Innradweg, Innsbruck etc.) -Hunde werden angeschossen, Katzen vergiftet, Pferde lebendig entsorgt wie in Spanien), ein Tier ist für denen eine Kreatur, sonst nichts! – und solche Romabanden, die im Heimatland nur Probleme bereiten, werden von UNSREN LINKEN POLITKERN noch unterstützt und verteidigt!“

### 34 / SCHAU AUF LINZ /

Die Webseite *schau.auf.linz.at* lädt die BürgerInnen dazu ein, Probleme, Mängel und Verbesserungsmöglichkeiten in ihrer Nachbarschaft zu melden. Leider wird diese Möglichkeit der Bürgerbeteiligung immer wieder dafür missbraucht, gegen „Roma und Sinti“, „Bettler“ oder „Zigeuner“ zu hetzen. Insbesondere deren Anwesenheit in öffentlichen Parks sorgt bei einigen BenutzerInnen für Aufregung. Am 20.4.2015 meldet ein Benutzer: „Im Volksgarten siedeln wieder die zigeuner und betteln.rund um den Spielplatz ist

alles besetzt. Nach dem die Stadt so viele Millionen un das wunderschöne Opernhaus investiert hat , finde ich es sehr schade das im Volksgarten und in der südlichen Landstraße jegliche Präsenz der Stadtwache fehlt!“ Darunter finden sich Kommentare zur Meldung, wie „Tiere sind reinlicher als diese Gestalten“ oder „diese Zigeunerhorden nerven extrem“. Am 20.05.2015 geht die folgende Meldung ein: „Ich hab vor ein paar tagen mitbekommen, wie ein paar Zigeuner ihr kleines Kind verkaufen wollten. Leider war ich momentan so geschockt, dass ich die Polizei nicht rufen konnte. Weiters sind sie in der Wiese rum gelegen und haben ihren Müll einfach in der Wiese liegen gelassen. Am nächsten morgen würde gemäht. Der Arbeiter musste vorher den Müll weg räumen bevor er seine eigentliche Arbeit beginnen konnte. Das kann es ja auch nicht sein. Es waren zwar mal kurz so ordnungsdienstler da, aber hattenbein paar Meter Abstand zu den mob und angesprochen haben sie sie auch nicht. Einfach trauig wenn man zusehen muss, wie linz zu Grunde geht“. Die Meldungen und Kommentare werden von Seiten der Stadt beantwortet. Rassistische Vorurteile und Beleidigungen werden in diesen Antworten weitgehend ignoriert.

### 35 / „WE KILL ALL GYPSIES“-T-SHIRT /

Der Online Versand *Zazzle*, der auch in Österreich die Seite *zazzle.at* betreibt, hat bis zum 22. September 2015 ein T-Shirt im Sortiment, das ein großes Emblem mit der Aufschrift „Gipsy Hunter Badge“ und „We kill all Gypsies“ trägt. Der Schriftzug umrahmt eine Hand, bei der Zeigefinger und Daumen einen Fingerkreis bilden, das geläufige Zeichen für „Alles ist in Ordnung“

oder „Das finde ich gut“. Das T-Shirt kostete 20,95 Euro und konnte auch in Österreich bestellt werden. Nachdem der Fall bekannt wird, werden sowohl in Deutschland als auch in Österreich – durch *ZARA* und *Romano Centro* – Anzeigen wegen Verhetzung gegen das Unternehmen eingebracht. Das Produkt wird nach Beschwerden umgehend aus dem Online-Angebot entfernt.

### 36 / UNZENSURIERT.AT /

Auf der rechtspopulistischen Internetseite *unzensuriert.at* wurden im Zeitraum von Herbst 2013 bis Herbst 2015 mehr als 50 Artikel über „Roma“ bzw. „Zigeuner“ veröffentlicht. Der abwertende Begriff „Zigeuner“ wird in den Artikeln konsequent verwendet, Gruppen werden meist als „Roma-Clans“ oder „Zigeuner-Clan“ bezeichnet. Thematisch drehen sich die Artikel vor allem um eine vermeintliche Massenzuwanderung nach Westeuropa, vor allem nach Deutschland, und angeblich damit verbundene Probleme wie „Vermüllung“, „Sozialmissbrauch“, Kriminalität oder die „Bettelmafia“. Die Fotos haben mit den berichteten Inhalten häufig nichts zu tun: Ein Beispiel ist ein Foto, das 2003 in einem Flüchtlingslager in Serbien aufgenommen wurde. Am 25.07.2015 wird es mit dem Bildtitel „Zigeuner hinterlassen in der Schweiz Fäkalhaufen und Müll“ veröffentlicht. Die Abwertung und Übertreibung der Artikel findet in den Kommentaren noch eine deutliche Steigerung. Die „Zigeuner“ werden als „Müllratten“, „Kakerlaken“, „Ungeziefer“, „Parasiten“, „kriminelles Pack“, „zivilisationsfremde Wesen“, „Kriminaltouristen“ etc. bezeichnet, viele Kommentare betonen ihre vermeintliche Zivilisations- und Arbeitsunfähigkeit.

# INTERNET

higkeit. Am 7.11.2013 meint ein User, es handle sich um eine „Gruppe von perversen abartigen Lebewesen, welche nur zu einem Gut sind, als Heiz-

material für den Hausbrand verwendet zu werden“. Ein anderer schreibt am 3.4.2014: „Die haben ihre eigene ‚Kultur‘, die ihnen geregeltes Arbeiten

verbietet, sie ihrer Lebensart gemäß ausschließlich als Parasiten jener Gesellschaft leben läßt, über die sie gerade herfallen.“

Besonders heftige Kommentare werden von den Betreibern offensichtlich gelöscht, immer wieder gibt es darüber Beschwerde der User. In welche Richtung die gelöschten Kommentare gehen, lässt diese Reaktion auf eine Entfernung vom 05.09.2013 erahnen: „Löscht das wieder! In den Dreißigerjahren hatten wir diese Probleme. Aber keine ‚Gutmenschen‘, die sich mit den Zigeunern (Diebe!) solidarisierten...“. Die Betreiber der Seite sind aus dem Umfeld der FPÖ. 2014 dient ein Artikel, der auf der Seite veröffentlicht wird, gar als Grundlage und einzige Quelle für eine parlamentarische Anfrage betreffend „Münzdiebstahl aus Zierbrunnen“ (siehe 20).

## RASSISMUS IM INTERNET

**Rassistische Beleidigungen und Drohungen, die im Internet geäußert werden, sind ebenso strafrechtlich relevant wie jene in der nicht-virtuellen Welt und können bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. Die Foren der Online-Medien werden moderiert, die Kommentare und Postings der UserInnen können auf ihren Inhalt geprüft werden. Die Nutzungsbedingungen vieler Online-Medien untersagen u.a. rassistische Kommentare. UserInnen können auch selbst unangemessene oder rassistische Postings melden. Leider reagieren die Redaktionen der Medien nicht immer auf diese Meldungen oder können ihre Kontrollfunktion aufgrund der Fülle der Postings nur unzureichend wahrnehmen. In sozialen Netzwerken und auf anderen Internet-Seiten besteht die Möglichkeit, sich direkt an die BetreiberInnen zu wenden und das Löschen eines Inhalts zu verlangen, wenn ein Verstoß gegen die Nutzungsbedingungen (z.B. eine Beleidigung) vorliegt. Auch hier gilt allerdings, dass eine Meldung entsprechender Postings oder Seiten oftmals ohne Konsequenz bleibt.**



# POLIZEI

**Antiziganistische Einstellungen sind auch in der Polizei verbreitet. Es zeigt sich immer wieder, dass es durchaus üblich ist, bestimmte Gesetzesübertretungen pauschal den „Roma und Sinti“ oder der „mobilen ethnischen Minderheit“ zuzuschreiben. Außerdem werden immer wieder Fälle bekannt, in denen Polizeibeamte diskriminieren, eine Diskriminierung verharmlosen oder nicht ernst nehmen, wenn sich Betroffene an sie wenden. Dies hat zur Folge, dass die Betroffenen das Vertrauen in die Polizei verlieren.**

## 37/ ERNIEDRIGENDE BEHANDLUNG /

Frau B., eine Romni, die ihren Lebensunterhalt mit Betteln bestreitet, berichtet der *BettelLobby Tirol* folgenden Vorfall: Als sie am 27.3.2015 in Landeck bettelt, wird sie von zwei Polizeibeamten aufgefordert, sie auf die Polizeinspektion Landeck zu begleiten. Frau B. kommt dieser Aufforderung nach. Dort wird sie erniedrigend behandelt: ihr Handy wird ihr abgenommen, sie darf niemanden anrufen, ihre SIM-Karte verschwindet. Sie sagt den Polizisten, dass sie krank ist, diese werfen ihr vor, nur vorzutäuschen. Als sie sich erbricht, wird sie von den Polizisten mehrfach als „Penner“ und mit „Geh zurück nach Rumänien“ beschimpft und gezwungen, ihr Erbrochenes aufzuputzen. Mit Unterstützung der *BettelLobby Tirol* und eines Anwaltes bringt sie eine Maßnahmenbeschwerde ein. Das Landesverwaltungsgericht Tirol schenkt ihren Ausführungen zu den Beleidigungen, zur verweigerten Kontaktaufnahme und zur verschwundenen SIM-Karte keinen Glauben, stellt allerdings fest, dass das Aufwischen des eigenen Erbrochenen auf der Polizeistation „eine besondere Demütigung“ und eine erniedrigende Behandlung im Sinne des Art. 3 der *Europäischen Menschenrechtskonvention* (Verbot der Folter und der erniedrigenden Behandlung) darstellt. Die Betroffene macht in der Folge einen Schadenersatz geltend, darüber gibt es zu Redaktionsschluss aber noch keine Entscheidung.

## 38/ UNTÄTIGE POLIZEIBEAMTE /

Am 14.05.2015 besucht Frau S., eine Romni, in einer burgenländischen Gemeinde im Bezirk Oberwart ein Lokal. Dort wird sie von einem Gast mit den Worten „Scheiß dreckige Zigeunerin, geh hin woher du herkommst“, „Ihr seids nix Wert du Drecksau Zigeunerin mit deinen schwarzen Haaren“ und weiteren Beleidigungen beschimpft. Sie verlässt das Lokal, weil der Mann ihr mit Gewalt droht und ruft die Polizei. Die Polizei erweist sich jedoch nicht als Hilfe: Erst bezweifeln die Beamten, dass überhaupt etwas passiert sei. Dann meinen sie: „Und was

sollen wir jetzt tun? Wenn wir jetzt reingehen geht er auf uns auch noch los...“ Frau S. besteht ausdrücklich darauf, eine Anzeige zu machen. Die Polizisten sagen ihr, dass das nichts bringe, dass sich der Mann deshalb nicht ändern werde und sein Verhalten sowieso schon bekannt sei. Sie gehen dann doch hinein, sagen Frau S. aber, dass sie gehen soll, damit sich der Mann nicht mehr aufregt. Frau S. geht in ein anderes Lokal, wo sie den Eltern des Täters begegnet. Wenig später trifft aber auch dieser dort ein und beginnt Frau S. erneut zu beschimpfen. Seine Eltern können ihn beruhigen, die Mutter bringt ihn nach Hause. Frau S. ist verzweifelt, weil sie keine Unterstützung

## BELEIDIGUNG

**Wer öffentlich oder vor mehreren Personen eine Person beschimpft, verspottet, am Körper misshandelt oder mit einer körperlichen Misshandlung bedroht, ist nach § 115 des Strafgesetzbuches (StGB) wegen Beleidigung zu bestrafen. Dabei muss die Tat in Gegenwart vor mehr als zwei vom Täter und vom Angegriffenen verschiedenen Personen begangen werden und für diese wahrnehmbar sein. Die Tat ist grundsätzlich nur auf Verlangen des/der Verletzten zu verfolgen, da es sich bei strafbaren Handlungen gegen die Ehre um sogenannte Privatanklagedelikte handelt, d.h. die Strafverfolgungsbehörden ermitteln nicht von sich aus. Von Amts wegen zu verfolgen sind Beleidigungen aber dann, wenn sie gegen den/die Verletzte wegen seiner/ihrer Zugehörigkeit zu einer in § 283 Abs 1 StGB (siehe oben, Seite 12) bezeichneten Gruppen begangen werden und entweder in einer Misshandlung oder Bedrohung mit einer Misshandlung oder in einer die Menschenwürde verletzenden Beschimpfung oder Verspottung bestehen. Bei rassistischen Beleidigungen müssen daher die Strafverfolgungsbehörden ermitteln und beim/bei der Verletzten anfragen, ob er/sie zur Strafverfolgung die Ermächtigung erteilt. Einem daraufhin geführten Strafverfahren können sich Opfer als Privatbeteiligte anschließen und ihre Ansprüche, z.B. auf Schadenersatz, ohne Prozesskostenrisiko schon im Strafverfahren geltend machen.**

erhalten hat. Sie kontaktiert tags darauf den *Verein Roma* in Oberwart und schildert den Fall. Dieser leitet den Fall an die *Gleichbehandlungsanwaltschaft* weiter. Die *Gleichbehandlungsanwaltschaft* informiert Frau S., dass sie bei der Polizei eine Anzeige aufgrund § 115 StGB bzw. § 117 StGB wegen Beleidigung (siehe Infokasten) machen kann. Frau S. geht zur Polizei um die Anzeige zu machen. Es wird ihr gesagt, dass der zuständige Polizist nicht da sei, sie solle ein andermal kommen. Sie vereinbart einen Termin und kommt erneut auf die Polizeistation und äußert den Wunsch, Anzeige wegen Beleidigung zu machen. Der Polizeibeamte fordert sie jedoch dazu auf, es sein zu lassen und „nicht so einen Wirbel“ zu machen. Er nimmt die Anzeige nicht auf. Der Täter sei am Abend des Vorfalls mit einem Bußgeld von 20,- Euro bestraft worden. Frau S. wendet sich erneut an den *Verein Roma*. Dieser bittet *ŽARA* um Unterstützung. *ŽARA* schlägt Frau S.

vor, eine Sachverhaltsdarstellung wegen rassistischer Beleidigung an die Staatsanwaltschaft zu übermitteln.

## 39 / KEINE BELEIDIGUNG, KEINE ANZEIGE /

Am 16.07.2013 geht die burgenländische Romni Frau F., in Fürstenfeld bei einem großen Geschäft einkaufen. Als sie nach dem Einkauf im Auto sitzt, sieht sie ihren Sohn vorbeifahren und hupt kurz, damit er stehen bleibt. Sie steigt aus und möchte ihm von einer Verkehrsbehinderung erzählen. Es kommt aber eine Frau aus dem Geschäft und beginnt Frau F. zu beschimpfen. Die Frau sagt in etwa: „Wo seid ihr daher, von da drinnen, vom Burgenland, wo die Zigeuner daheim sind; was tut ihr Zigeuner da? Habt ihr keine Geschäfte dort im Burgenland? Diese Zigeuner, die habe ich schon gefressen ...“

Frau F. und ihre Begleiterin sind schockiert. Ein Angestellter der Gemein-

de, der den Vorfall zufällig beobachtet, rät ihnen, sich das nicht gefallen zu lassen und eine Anzeige bei der Polizei zu machen. Die beiden Frauen gehen zur Polizei in Fürstenfeld. Dort allerdings weigern sich die Beamten, die Anzeige aufzunehmen, sie sagen den Frauen, dass die Bezeichnung „Zigeuner“ üblich wäre, man da nichts machen könne und sie ja zum Gericht oder zu einem Rechtsanwalt gehen können. Beim Bezirksgericht schickt man sie zum Gewaltschutzzentrum, von dort wieder zur Polizei, die wieder nichts macht. Auch der Versuch, den Vorfall bei einer anderen Polizeiinspektion anzuzeigen scheitert. Letztlich kommt es zu keiner Anzeige, obwohl die Polizei dazu verpflichtet gewesen wäre (siehe Infokasten Beleidigung Seite 21)

## 40 / „DER ABSTAMMUNG NACH ZIGEUNERIN“ /

Die *Landespolizeidirektion Tirol* veröffentlicht in einer Presseaussendung vom 16.04.2014 folgenden Text: „In einem Blumengeschäft in Landeck erbeutete eine ca. 40-50-jährige Frau, der Abstammung nach Zigeunerin oder ähnlicher Herkunft, durch einen Wechseltrick 50 Euro. Die Frau flüchtete nach Entdecken des Betrages und konnte unerkannt entkommen.“ *SOS Mitmensch* wird auf die Aussendung aufmerksam gemacht und beschwert sich umgehend darüber, dass rassistische Zuschreibungen Eingang in einen Presstext der Polizei finden. Ein Sprecher der Landespolizeidirektion beteuert, dass es sich um einen Fehler handle, der Text werde korrigiert. *SOS Mitmensch* nimmt den Fall zum Anlass, mehr Bewusstseinsbildung bei der Polizei und eine konsequente Abschaffung von „ethnic profiling“ zu fordern.

## POLIZEI UND MEDIEN

**Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) empfiehlt den Mitgliedstaaten des Europarats unter anderem „sicherzustellen, dass sich die Polizei gegenüber den Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit in einer Weise äußert, die feindseliger Haltung und Vorurteilen gegenüber Angehörigen von Minderheitsgruppen keinen Vorschub leistet.“ Deshalb dürfen Informationen über die ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Staatsangehörigkeit eines/einer Tatverdächtigen oder einer Tätergruppe nicht veröffentlicht werden. Der Polizei kann die Verbreitung solcher Informationen nur gestattet werden, wenn dies unbedingt erforderlich ist und damit ein rechtmäßiger Zweck verfolgt wird. Die Polizei hat auch – vor allem bei der Weitergabe statistischer Daten – darauf zu achten, dass sie nicht zur Verbreitung und Aufrechterhaltung des Mythos beiträgt, dem zufolge Kriminalität und ethnische Herkunft zusammenhängen würden. Diese Empfehlung scheint in Österreich nicht immer Beachtung zu finden: Es kommt des Öfteren vor, dass die Polizei die ethnische Zugehörigkeit von TäterInnen direkt oder indirekt („mobile Familienclans“) benennt oder bestimmte Formen der Kriminalität (Kinderhandel, Taschendiebstahl) „Roma“ zugeschrieben werden.**

# ÖFFENTLICHER RAUM

Öffentliche antiziganistische Debatten drehen sich häufig um die Anwesenheit von BettlerInnen in touristisch attraktiven Einkaufsstraßen. Diese Debatten, etwa in Wahlkämpfen wie in Salzburg 2014, die damit verbundene Hetze und die Diffamierung der Armutsbetroffenen führen leider auch dazu, dass es im öffentlichen Raum zu rassistischen Vorfällen gegenüber BettlerInnen kommt.

## 41 / „ZIGEUNER, NEHMT EUCH IN ACHT!“ /

In Leoben wird eine Frau, die in der Gegend bettelt, am 2.3.2015 nach der Sonntagsmesse von zwei Männern in einem schwarzen Audi aufgehalten. Die Männer sind in zivil und halten der Frau etwas entgegen, das einer Polizeimarke gleicht. Sie fordern sie auf, einzusteigen und fahren mit ihr bis Leoben Donawitz (ca. 5km von der Kirche entfernt). Dort nehmen sie ihr den Ausweis und die Geldtasche ab und verlangen von ihr, wieder auszusteigen. Sie übergeben ihr nach einigen Worten, die die Frau nicht versteht, einen Zettel auf dem steht: „Zigeuner, nehmt euch in Acht! Ab sofort verteidigen wir unser Eigentum und unsere Kirchen! Wer stiehlt muss mit Strafen rechnen!“ Der Text ist auch auf Ungarisch übersetzt. Die beiden Männer fahren daraufhin davon, ohne der Frau ihre Geldtasche und ihren Ausweis zurückzugeben. Mit Hilfe einer Bekannten, die Deutsch und Ungarisch spricht, erstattet die Bettlerin eine Anzeige bei der Polizei. Ihr Ausweis wird später in einer Mülltonne gefunden. Die Frau holt ihn allerdings nicht mehr ab, da sie Österreich sofort nach dem Vorfall verlässt. Die Ermittlungen der Polizei bleiben ohne Ergebnis.

## 42 / BRANDANSCHLAG

Am 6. April 2014 kommt es in Salzburg im Zuge der hitzig geführten Debatte um „organisierte Bettelbanden“ zu zwei Fällen von Brandstif-

tung. Wie *Der Standard* und andere Medien am 8.4.2014 berichteten, legten unbekannte TäterInnen am Vortag Feuer in zwei Matratzenlagern, die jeweils von mehreren Menschen bewohnt wurden. Im August 2015 kommt es erneut zu einer Brandstiftung auf einem Schlafplatz von BettlerInnen. Der *Verein Phurdo* dokumentiert die Schäden.

## 43 / BESCHMIERUNG VON CARITAS-EINRICHTUNG /

In der Nacht auf den 30.04.2014 wird in Salzburg eine Einrichtung mit den Buchstaben „KZ“ beschmiert. Außerdem wird ein Türschloss verklebt. Zu diesem Zeitpunkt gibt es in Salzburg eine öffentliche Debatte über die Unterbringung armutsbetroffener Roma, die *Caritas* plant sie in der betreffenden Einrichtung unterzubringen.

## 44 / „ROMA RAUSS“ /

Am 30.11.2014 übermittelt ein Passant ein Foto an *Romano Centro*. Es zeigt eine rassistische Beschmierung am Westbahnhof, die aus den Worten „Roma Raus“ besteht. Der Passant informiert die *Wiener Linien* selbst und bittet um Entfernung, erhält auf sein Ansuchen aber keine Antwort.

## 45 / SCHNEEBALL-ATTACKE /

Ein Mann meldet dem *Verein Phurdo* folgenden Vorfall aus Salzburg: Am

31.1.2015, kurz vor 12 Uhr beobachtet er, wie eine Bettlerin, die regelmäßig auf dem Makartsteg bettelt, von zwei Männern mit Schneebällen beworfen und mit den Worten „Was machst du da, Zigeunerin?“ beschimpft wird. Der Zeuge bleibt stehen. Sobald die Männer bemerken, dass sie beobachtet werden, hören sie auf und suchen das Weite.

## 46 / BESCHIMPFUNGEN IN INNSBRUCK /

*Pax Christi Tirol* berichtet, dass Roma und Romnja, die im öffentlichen Raum in Innsbruck Zeitungen verkaufen oder betteln, davon erzählen, mehrmals wöchentlich mit beleidigenden Schimpfwörtern aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit konfrontiert zu werden.

## 47 / „ZIGEUNER WEG“ /

Am Grazer Hauptbahnhof beobachtet eine Frau am 16.04.2014 wie zwei Mitarbeiter einer Security Firma eine Frau aus dem Bahnhofsgebäude verweisen. Einer der Mitarbeiter sagt dabei „Zigeuner weg“ und macht dazu passende Gesten. Die Beobachterin weist die beiden Mitarbeiter darauf hin, dass dies rassistisch sei und verlangt die Dienstausschreibung, was diese jedoch verweigern. Am Schalter der ÖBB fühlen sich die dortigen Angestellten nicht zuständig, sie geben lediglich die Kontaktdaten der Security-Firma weiter. Die Frau, die den Vorfall beobachtete, meldete ihn bei der Beratungsstelle *ZARA*.

# BILDUNG

**Diskriminierungen aufgrund antiziganistischer Vorurteile sind in der Schule häufig. Die Lehrerinnen und Lehrer hinterfragen ihre Vorurteile nur selten und nehmen ihre Verantwortung, Kinder und Jugendliche vor Diskriminierungen in der Schule zu schützen, nicht ausreichend wahr. Eltern haben häufig große Angst, Diskriminierungserfahrungen ihrer Kinder in der Schule anzusprechen, da sie negative Konsequenzen befürchten. Die von der Initiative Minderheiten durchgeführte Roma-Bildungs- und Ausbildungs-Studie (ROMBAS) zeigt, dass die Diskriminierungserfahrungen der Befragten und die Art, wie LehrerInnen und MitschülerInnen damit umgehen, zu den bestimmenden Faktoren für den weiteren Bildungsweg gehören.**

## 48 / MOBING

Ein Schüler einer Mittelschule in Wien und seine Mutter berichten im *Romano Centro* von Diskriminierungserfahrungen in der Schule. Der Schüler wurde über mehrere Monate hinweg von anderen Kindern als „Zigeuner“ beschimpft und gemobbt. Bemühungen der LehrerInnen und Gespräche mit den anderen SchülerInnen führten dazu, dass diese Beleidigungen aufhörten.

## 49 / „SOLLEN SIE DOCH ARBEITEN GEHEN!“ /

Anfang des Schuljahres 2014 meldet sich eine Familie mit der Bitte um finanzielle Unterstützung beim *Verein Roma* in Oberwart. Es geht um einen Beitrag für den Musikunterricht in Höhe von 165,- Euro für zwei Kinder. Die Familie befindet sich finanziell in einer prekären Situation. Ein Mitarbeiter des Vereins kontaktiert die Schuldirektorin, erklärt die Situation und dass die Familie den Beitrag beim Roma-Fonds beantragen wird und dann bezahlen kann. Er erkundigte sich außerdem, ob es in der Schule – etwa durch den Elternverein – die Möglichkeit gebe, die Summe vorzufinanzieren, falls die Bezahlung dringend sein sollte. Die Direktorin reagiert empört und meint: „Sollen sie doch arbeiten gehen!“. Obwohl die Situation für die Schule klar ist,

wird in der Folge immer wieder auf unhöfliche Art nachgefragt, wann denn endlich bezahlt werde. Von Seiten des *Verein Roma* gibt es das Angebot, zu vermitteln und die Situation zu klären. Die Direktorin lehnt dies ab und meint über die Familie: „Wer weiß, ob sie wieder umziehen!“. Sie wird außerdem darauf hingewiesen, dass sich die Familie durch das harsche Verhalten diskriminiert fühle. Die Direktorin meint darauf, dass sie sich selbst diskriminiert fühle, weil nicht gezahlt werde. Der Mitarbeiter des Vereins erklärt ihr die Arbeit seiner Organisation und die Diskriminierung der Roma im Schulsystem und am Arbeitsmarkt, worauf sie abfällig reagiert. Der Verein beendet daraufhin die Schlichtungsversuche und richtet eine Beschwerde an den Bezirksschulinspektor. Wenig später meldet sich die Direktorin beim *Verein Roma* und betont, wie wichtig sie die Arbeit des Vereines finde.

## 50 / STINKENDE KINDER /

Eine Lehramts-Studierende aus Wien berichtet, dass sie während ihres Praktikums von einer Lehrerin aufgefordert wurde, einem Volksschulkind und der Mutter, die beide nicht gut Deutsch können, zu übersetzen, dass das Kind stinken würde. Die Studierende lehnte dies jedoch vehement ab, sie sehe dazu überhaupt keinen Anlass, weil das Kind nicht stinke und

sie es überhaupt bedenklich finde, so etwas vor dem Kind zu diskutieren. Diese Erfahrung deckt sich leider mit den Erfahrungen, die *Romano Centro* in der Arbeit mit Schulen macht: Das Vorurteil, dass Roma-Kinder stinken, ist unter LehrerInnen weit verbreitet. Immer wieder kommt es deshalb zu Konflikten mit den Eltern.

## 51 / „DU GEHÖRST VERGAST“ /

In der dritten Schulwoche des Schuljahres 2015/16 wird ein Schüler aus einer Roma-Familie in einer Mittelschule im Burgenland von einem Mitschüler heftig beschimpft: „Du scheiß Zigeuner!“ „Du gehörst vergast“. Die Schulleitung reagiert auf den Vorfall und lädt die Eltern beider Schüler zu einem Gespräch vor, bei dem der Konflikt beigelegt werden kann.

### DISKRIMINIERUNG IN DER SCHULE

**Das Gleichbehandlungsgesetz verbietet Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit im Bereich der Bildung und Ausbildung. Bei Diskriminierungen oder Belästigungen sind LehrerInnen bzw. die Schulleitung aufgrund schulrechtlicher Bestimmungen verpflichtet, einzuschreiten. In bestimmten Fallkonstellationen besteht auch eine Abhilfeverpflichtung nach dem Gleichbehandlungsgesetz.**

# ARBEITSWELT

Lohnarbeit ist ein bestimmender Bereich der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wird in diesem Bereich diskriminiert, etwa schon in den Bewerbungsverfahren, dann wirkt sich das massiv auf die soziale Situation der Betroffenen und deren Familien aus. Antiziganistische Denkweisen führen leider auch in der Arbeitswelt zu Belästigungen und Diskriminierung. Solche Erfahrungen entmutigen und demotivieren die Betroffenen außerdem und führen dazu, dass sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtern.

## 52 / „DU HAST HIER KEINE RECHTE!“ /

Herr C., ein rumänischer Staatsangehöriger, wird im August 2014 von seinem Arbeitskollegen beschimpft: „Du hast hier in der Firma keine Rechte. Du darfst hier nichts reden. Du darfst nicht fragen. Du darfst hier nichts anschaffen. Du darfst hier keinen Kaffee trinken. Du rumänischer Zigeuner. Du schiacher Ausländer!“. Immer wieder gibt es in der Arbeit fremdenfeindliche Äußerungen.

Als Herr C. dies einmal anspricht, wird er von einem anderen Kollegen wieder mit „Drecksau“ und „Zigeuner“ beleidigt. Herr C. wendet sich daraufhin an die *Antidiskriminierungsstelle Steiermark*, die in der Folge mit Unterstützung der *Arbeiterkammer* ein Gerichtsverfahren wegen Diskriminierung einleitet. Das Verfahren führt zu einem Vergleich, Herr C. erhält eine finanzielle Entschädigung.

## 53 / UNTERSTELLUNGEN BEIM AMS /

Einem Burgenland-Rom wird im Juli 2015 auf einer Infostelle des *Arbeitsmarkt Service (AMS)* unterstellt, dass er mit einer gefälschten Bestätigung „den Staat betrügen“ wolle und dass seine Wohnadresse eine Scheinadresse sei, da er eine kopierte und von

## DISKRIMINIERUNG IN DER ARBEITSWELT

Das *Gleichbehandlungsgesetz* schützt auch vor Diskriminierung in der Arbeitswelt. Erfasst sind alle Bereiche, die mit der Ausübung eines Jobs zu tun haben, Stellenausschreibungen, die Begründung und Beendigung eines Arbeitsverhältnisses, Weiterbildung, Praktika und Volontariate, Berufsberatung, die Angebote des *Arbeitsmarktservice* sowie der Zugang zu selbständiger Erwerbstätigkeit.

Kostenlose Beratung und Unterstützung für Betroffene bieten etwa die *Gleichbehandlungsanwaltschaft*, die *Arbeiterkammer* oder verschiedene Einrichtungen in den Bundesländern, z.B. die *Antidiskriminierungsstelle Steiermark*, an (siehe Seite 29). Im (kostenlosen und) nicht öffentlichen Verfahren vor der *Gleichbehandlungskommission* wird geprüft, ob eine Diskriminierung vorliegt. Dieses Verfahren kann von Betroffenen selbst oder mit Unterstützung der *Gleichbehandlungsanwaltschaft* oder anderer Einrichtungen eingeleitet werden. Es endet mit einer rechtlich unverbindlichen Feststellung der *Gleichbehandlungskommission*, ob eine Diskriminierung vorliegt und Wiedergutmachung empfohlen wird. Die *Gleichbehandlungskommission* kann keinen Schadenersatz zusprechen oder ein durchsetzbares Urteil erlassen.

Rechtlich durchsetzbar sind hingegen gerichtliche Entscheidungen und Vergleiche. Bei einer Diskriminierung in der Arbeitswelt hat der/die Betroffene nach dem *Gleichbehandlungsgesetz* Anspruch auf Ersatz des Vermögensschadens und auf Entschädigung für die erlittene persönliche Beeinträchtigung. Schadenersatz muss beim zuständigen Arbeits- und Sozialgericht eingeklagt werden, wobei das Prozesskostenrisiko zu beachten ist. Kostenlose rechtliche Beratung und Unterstützung bieten dabei z.B. die *Mitgliedsorganisationen des Klagsverbandes*.

Hand korrigierte Bestätigung über die Teilnahme an einem Informationstag abgeben möchte. Diese hat er am Tag zuvor vom Referenten des Informationstages erhalten, da er vom *AMS* keinen Brief mit dem Originaldokument erhalten hat. Von der Informati-

onsveranstaltung hat der Mann überhaupt nur deshalb erfahren, weil eine Bekannte ihm sagte, dass er auf der Liste stehe und kommen solle. Es stellt sich schlussendlich heraus, dass der Fehler beim *AMS* lag und die Anschuldigungen daher völlig grundlos waren.

## 54/ KEIN ARBEITS- LOSENGELD /

Vier Angehörige der Volksgruppe der Roma im Burgenland wenden sich im Laufe des Jahres 2014 an einen Roma-Verein, weil sie der Meinung sind, dass ihnen der Bezug des Arbeitslosengeldes ungerechtfertigt gestrichen worden ist. Der Roma-Verein interveniert daraufhin

beim zuständigen Arbeitsamt und erreicht, dass alle vier Betroffenen ihre Bezüge wieder erhalten. Es stellt sich heraus, dass die Streichung zum Teil ungerechtfertigt war bzw. nur aufgrund von Verspätungen und Verwechslungen von Terminen erfolgte. Die Betroffenen sind sich sicher, dass sie aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit anders behandelt wurden, als andere Kunden.

## 55/ KEINE „ZIGEUNER“ /

Mehrere Betroffene berichten der *Bettelobby Tirol*, dass sie auf der Suche nach Arbeit im Sommer 2015 mit den Worten „Für Zigeuner haben wir keinen Platz“ abgewiesen wurden.

## WEITERE FÄLLE

### 56/ VERWEIGERTE BEHANDLUNG /

Frau V., eine junge Romni, geht mit ihrem erkrankten Kind am 21.05.2015 zu ihrem Hausarzt in Linz, der dem Kind Medikamente verschreibt. Am darauffolgenden Wochenende verschlechtert sich der Zustand des Kindes und die Mutter beschließt, wieder zum Arzt zu gehen. Da ihr Hausarzt nicht da ist, geht sie am 01.06.2015 zu seiner Vertretung. Die Ärztin untersucht das Kind jedoch nur sehr oberflächlich, wirkt sehr genervt und spricht sehr herablassend mit der Mutter. Sie meint dann, dem Kind fehle nichts. Die Mutter gibt sich mit dieser Diagnose nicht zufrieden und geht ins Krankenhaus. Dort wird eine Lungenentzündung festgestellt, das Kind wird sofort stationär aufgenommen. Frau V. ist sich sicher, dass sie und ihr Kind aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit so schlecht behandelt wurden, weshalb sie den Fall dem *Verein Ketani* in Linz zur Dokumentation meldet.

### 57/ KEINE WINDELN FÜR DIE MAFIA /

Bei der Verteilung von Hilfspaketen an Flüchtlinge am Linzer Bahnhof stellt sich eine Roma-Familie an, die ebenfalls Hygieneartikel benötigt. Eine ehrenamtliche Helferin gibt der Familie ein Paket, in dem sich Windeln, Hygieneartikel und etwas Essen befindet. Sie wird dabei von einem Mann fotografiert, der sich in der Folge bei der Hilfsorganisation beschwert, dass er für Flüchtlinge gespendet hätte und nicht für die „Roma-Mafia“. Die Helferin antwortet auf die Beschwerde, dass zwischen Bedürftigen kein Unterschied gemacht werde und sie sich nicht erklären könne, was die Mafia mit ein paar Windeln anfangen soll. Sie meldet den Vorfall an den *Verein Ketani*.

### 58/ BESCHIMPFUNG EINES FUSSBALLERS /

In einem Fußball-Meisterschaftsspiel der 2. Klasse A Süd/Burgenland wird am 14. Juni 2014 ein Spieler, der Rom

ist, von einem Spieler der gegnerischen Mannschaft mit den Worten „Du scheiß Zigeuner was willst du!“ und „Geh zurück von wo du herkommst“ beschimpft. Der Vorfall wird beim *Burgenländischen Fußballverband* gemeldet. Der Spieler, der den anderen rassistisch beleidigt hat, bekommt eine Sperre von sieben Spielen, sein Verein muss eine Geldstrafe bezahlen.

### 59/ „ZIGEUNERISCHE MINDERMENSCHEN“ /

Die Beratungsstelle *ZARA* erhält im Februar 2014 über das Kontaktformular auf der Homepage unter dem Betreff „Zigeuner als Landplage“ folgende anonyme Nachricht: „Der jüngste rassistische Gewaltakt gegen Roma/Romnja in Bischofshofen macht deutlich, in welchem großen Ausmaß Roma/Romnja noch immer von rassistischer Diskriminierung und gewaltsamer Ablehnung betroffen sind. Dieser Ablehnung werden die zigeunerischen Mindermenschen so lange begegnen, als sie ihr tierähnliches Verhalten nicht ändern.“

## 60 / DISKRIMINIERUNG GEGEN DIE DEUTSCHEN /

Die Beratungsstelle *ZARA* erhält im August 2014 eine Nachricht, in der sich der anonyme Verfasser beschwert, dass *ZARA* sich „fuer die zigeuner {einsetzt}, die bei uns einbrechen duerfen, uns berauben und ueberfallen, weil dies haben wir alle ethnischen deutschen auszuhalten. ich wuensche ihnen, mit ihrer gegen deutsche diskriminierenden Einstellung alles gute und ein schoenes ende“.

## 61 / „ZIGEUNER-SCHNITZERL“ AUF DER SPEISEKARTE /

Eine Studierende der *Fachhochschule St. Pölten* bemerkt, dass auf der Speisekarte der Mensa ein „Zigeunerschnitzerl“ angeboten wird. Sie beschwert sich daraufhin bei der Betreiberfirma über die Verwendung dieses diskriminierenden Begriffes und informiert den Verein *Romano Centro*, der die Betreiberfirma ebenfalls anschreibt. Die Betreiberfirma reagiert sehr verständnisvoll auf die Kritik, bedankt sich für den Hinweis und versichert, dass die Bezeichnung nicht mehr verwendet wird.



Markus End, Kathrin Herold & Yvonne Robel (Hg.)

### Antiziganistische Zustände

Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments

284 Seiten | 18 Euro | ISBN 978-3-89771-489-2

„Die verschiedenen Aufsätze machen sehr deutlich, wie stark die antiziganistischen Zuschreibungen und Stereotype auf Projektionen und Zuschreibungen der Mehrheitsgesellschaft an die Minderheit beruhen.“

Empfehlung Fachbuch | [lernen-aus-der-geschichte.de](http://lernen-aus-der-geschichte.de)



Alte Feuerwache e.V. (Hg.)

### Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus

für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit

168 Seiten | 19,80 Euro | ISBN 978-3-89771-571-4

»Für PädagogInnen und TrainerInnen, die zum Themenbereich Antiziganismus arbeiten möchten, absolut empfehlenswert.«

Ferdinand Koller | *Romano Centro*



Andreas Koob, Holger Marcks & Magdalena Marsovszky

### Mit Pfeil, Kreuz und Krone

Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn

208 Seiten | 14 Euro | ISBN 978-3-89771-047-4

Kenntnisreich erläutern die AutorInnen die autoritäre Entwicklung in Ungarn, das gesellschaftliche Ausmaß von Antisemitismus und Antiziganismus – die ideologischen, sozialen und ökonomischen Hintergründe.

**UNRAST Verlag**

Postfach 8020 | 48043 Münster | [kontakt@unrast-verlag.de](mailto:kontakt@unrast-verlag.de)

Das ganze programm online unter: [www.unrast-verlag.de](http://www.unrast-verlag.de)

#### QUELLEN:

- National Geographic 09/2012, Kronen Zeitung, Presserat (Entscheidung 2014/018 und 2024/027);
- [www.regionaljournal.at](http://www.regionaljournal.at), Artikel vom 26.6.2014
- Kronen Zeitung, 06.08.2014;
- Kronen Zeitung Tirol, 14.04.2014;
- Kronen Zeitung, 21.12.2013
- Der Standard, 1.4.2014, 21.10.2015
- Kurier, 1.12.2014
- Rofan-Kurier, 1.7.2014, 29.9.2015
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Aula 7-8/2015
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Aula 10/2013, 5/2014, 1/2014
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Aula 6/2014
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Zur Zeit 9/2013
- Zur Zeit 5/2014, Presserat, Entscheidung 2014/023, Romano Centro
- Salzburger Nachrichten
- Romano Centro, OÖ. Netzwer gegen Rassismus und Rechtsextremismus
- FPÖ-TV, 21.11.2013
- Presseausendung FPÖ Wien, 31.01.2014
- Wiener Landtag, Sitzung vom 27.11.2014, Wörtliches Protokoll
- stopptdie.rechten.at
- Parlamentarische Anfrage vom 14.5.2014 1473/J XXV. GP, unzensuriert.at, Art. vom 6.4.2014
- Wiener Zeitung (online), Art. vom 5.6.2015
- ZARA
- ZARA
- ZARA
- Verein Karika
- Romano Centro; HeimatOhne-Hass
- HeimatOhneHass
- salzburg.com, Art. vom 21.10.2014; Plattform gegen Rechts
- salzburg.com, Art. vom 3.5.2014; Romano Centro
- derstandard.at, Art. vom 24.1.2014, Romano Centro
- andreas-unterberger.at
- [www.verschuesse.at](http://www.verschuesse.at)
- Tiroler Tageszeitung (Online), 20.3.2015
- [schau.auf.linz.at](http://schau.auf.linz.at)
- zazzle.at; Romano Centro
- unzensuriert.at
- BettelLobby Tirol
- Verein Roma, ZARA
- Romapastoral Diözese Eisenstadt, ZARA
- SOS Mitmensch, Presseausendung LPD Tirol vom 16.04.2014
- Meldung an Romano Centro Der Standard, 8.4.2014, Verein Phurdo
- Profil, 28.05.2014; salzburg.com, 2.05.2014
- Meldung an Romano Centro Verein Phurdo
- Pax Christi Tirol
- ZARA
- Romano Centro
- Verein Roma
- Romano Centro
- Verein Roma
- Antidiskriminierungsstelle Steiermark
- Meldung an Romano Centro
- Meldung an Romano Centro BettelLobby Tirol
- Verein Ketani
- Verein Ketani
- Meldung an Romano Centro
- ZARA
- ZARA
- Romano Centro

# ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende Bericht verdeutlicht, wie schon die erste Ausgabe aus dem Jahr 2013, dass Antiziganismus in Österreich in vielen Bereichen der Gesellschaft präsent ist und die Betroffenen dadurch in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt werden. Der Bericht stellt keine Gesamtdokumentation aller antiziganistischen Vorfälle dar, zudem ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Auch wenn deshalb kein quantitativer Vergleich zu den Vorjahren möglich ist, lassen sich aus dieser Einzelfalldokumentation Schlüsse ziehen. Als besonders problematisch müssen jene Fälle gesehen werden, in denen VertreterInnen des Staates entweder selbst diskriminieren oder die von Diskriminierungen Betroffenen nicht ernst nehmen. Hier sind aus der Arbeit der Polizei wieder einige Fälle bekannt geworden, die ein klares Fehlverhalten und eine mangelnde Sensibilität mit dieser Form des Rassismus zeigen.

Die FPÖ und ihr nahe Zeitungen und Internetseiten tragen stark zur Verbreitung antiziganistischer Inhalte bei und bringen diesen Rassismus auch häufig in politische Debatten ein. Andere Parteien und die Öffentlichkeit treten dagegen nicht mit der gleichen Vehemenz auf wie dies beispielsweise bei antisemitischen Aussagen der Fall ist. Im Gegenteil ist es so, dass etwa auch die ÖVP mit antiziganistischen Aussagen auf Stimmenfang geht oder klar diskriminierende Maßnahmen gegen armutsbetroffene Familien aus Rumänien setzt, wie dies aktuell in Vorarlberg der Fall ist: Im Herbst entflammte dort eine Debatte über obdachlose „Roma-Familien“. Unterstützungangebote werden aus-

geschlossen, den Familien wird mit dem Entzug der Kinder gedroht und sie werden von PolitikerInnen ständig als „Clans“ bezeichnet, die sich nicht legitim in Vorarlberg aufhalten würden. Gesetze zur Bettelerei und zum Campieren werden verschärft oder neu eingeführt. Derartige Debatten führen immer öfter auch zu gewalttätigen Übergriffen auf die Betroffenen (siehe dazu die Fälle 41,42 und 45), zuletzt am 11.11.2015 in Dornbirn, wo sich zwei Männer als Polizisten ausgaben und rumänische Familien nötigen wollten, ihnen Geld zu geben und sie tätlich angriffen.

Die Medien tragen zur antiziganistischen Grundstimmung in Österreich dadurch bei, dass sie die immer gleichen stereotypen Bilder über Roma reproduzieren. Mit Ausnahme der *Krone*, die 2014 durch eine beispiellose Hetzkampagne aufgefallen ist, spiegelt sich in der Berichterstattung jedoch eine vermehrte Sensibilität der Redaktionen wider.

Demgegenüber nimmt antiziganistische Hetze in sozialen Medien stark zu, vor allem über *Facebook*. Die hier dokumentierten Fälle zeigen einen schockierenden Grad der begrifflichen Entmenschlichung mit positiven Bezügen zum Nationalsozialismus, Aufforderungen zum Mord und Vernichtungssphantasien. Einige UserInnen hetzen im vollen Bewusstsein der Strafbarkeit ihrer Handlungen. Die Maßnahmen zur Kontrolle und Verhinderung solcher rassistischen und verhetzenden Aussagen sind unzureichend. Erfreulicherweise wurden einige Personen aufgrund ihrer Postings verurteilt, die bisherige gesetzliche Regelung zu Verhetzung (nicht nur im Internet) lässt aber noch einen sehr breiten

Spielraum für Herabwürdigung und Hassrede zu.

Ermutigend ist, dass in diesem Bericht auch zahlreiche Fälle vorkommen, in denen es sich für die Betroffenen gelohnt hat, einen Schritt gegen Diskriminierung zu setzen. Konflikte mit MitschülerInnen konnten beigelegt werden, Entschädigungen wegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz konnten erstritten werden, Personen, die hetzten, wurden verurteilt.

**Der Bericht zeigt deutlich, dass es Handlungsbedarf gibt.**

**Romano Centro empfiehlt unter anderem die folgenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Antiziganismus in Österreich:**

- Antiziganismus als eigene Form des Rassismus anerkennen und benennen und in allgemeine Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus aufnehmen, vor allem in Schulen
- Ausbau der Sensibilisierungsangebote zum Thema Antiziganismus für alle relevanten Berufsgruppen (PolizistInnen, RichterInnen, BeamtInnen, LehrerInnen, JournalistInnen und andere)
- Entwicklung und Umsetzung von Aufklärungskampagnen
- Entwicklung von grundrechtlich orientierten, pragmatischen und konstruktiven Lösungsansätzen zu „Armutsmigration“ aus anderen EU-Ländern statt Vertreibung, Diffamierung und Hetze
- Förderung und Institutionalisierung der Forschung zum Thema Antiziganismus
- Verstärkte Kontrolle von Internetplattformen auf verhetzende Inhalte /

# UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE FÜR BETROFFENE

Es gibt österreichweit zahlreiche Institutionen und Einrichtungen, an die sich von Rassismus und Diskriminierung Betroffene oder ZeugnInnen wenden können, um Informationen und Unterstützung zu erhalten oder Vorfälle dokumentieren zu lassen. Die angeführten Einrichtungen stellen eine Auswahl dar.

## ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE STEIERMARK

Die Antidiskriminierungsstelle Steiermark ist eine Anlaufstelle für Betroffene jeglicher Form von Diskriminierung und berät über mögliche Vorgehensweisen.

**Stigergasse 2, 8020 Graz**

**Tel: 0316 / 714 137**

**[buero@antidiskriminierungsstelle.steiermark.at](mailto:buero@antidiskriminierungsstelle.steiermark.at)**

## ARBEITERKAMMER

Die Arbeiterkammer bietet Unterstützung und Beratung für Angestellte, die am Arbeitsplatz diskriminiert werden. Kontaktdaten für die jeweils nächstgelegene Beratungsstelle finden Sie auf

**[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)**

## BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ UND TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung ist eine Sicherheitsbehörde, die unter anderem für die Bekämpfung von terroristischen und extremistischen Aktivitäten zuständig ist. Das BVT beobachtet daher auch die rechts-extreme Szene in Österreich und betreibt zu diesem Zweck eine Meldestelle für NS-Wiederbetätigung (**[ns-meldestelle@bvt.gv.at](mailto:ns-meldestelle@bvt.gv.at)**), wo neonazistische und rassistische Inhalte aus dem Internet gemeldet werden können.

## GLEICHBEHANDLUNGSANWALTSCHAFT UND GLEICHBEHANDLUNGSKOMMISSION

Das Gleichbehandlungsgesetz (GIBG) schützt in der Arbeitswelt vor Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts (auch in Bezug auf den Familienstand), vor Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Orientierung.

Außerhalb der Arbeitswelt sind Ungleichbehandlungen beim Zugang zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen aufgrund des Geschlechts oder der ethnischen Zugehörigkeit verboten (z.B. Wohnraum, diverse Freizeiteinrichtungen, etc.). Aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit ist zudem eine Diskriminierung in den Bereichen Bildung, soziale Vergünstigungen und Sozialschutz untersagt.

Die Gleichbehandlungsanwaltschaft ist für die Beratung und Unterstützung von Opfern von Diskriminierung zuständig. Außerdem kann sie Studien zum Thema Diskriminierung in Auftrag geben oder selbst erstellen.

Fälle können der Gleichbehandlungskommission zur Überprüfung vorgelegt werden. Ihre Senate entscheiden auf Antrag von Betroffenen oder Interessensvertretungen über Verstöße gegen das GIBG und können auch allgemeine Gutachten zum Thema Diskriminierung erstellen. Für betroffene Personen ist dieses Verfahren vor der Gleichbehandlungskommission kostenlos. Im Gegensatz zu einem gerichtlichen Urteil ist eine Entscheidung der Gleichbehandlungskommission rechtlich nicht bindend.

**Taubstummengasse 11, 1040 Wien**

**Tel.: 01 532 02 44**

**[gaw@bka.gv.at](mailto:gaw@bka.gv.at)**

**[www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at](http://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at)**

## KLAGSVERBAND ZUR DURCHSETZUNG DER RECHTE VON DISKRIMINIERUNGSOPFERN

Der Klagsverband unterstützt Opfer von Diskriminierung vor Gericht. Bevor es zu einem Gerichtsverfahren kommt, ist aber eine Beratung bei einem der Mitgliedsvereine notwendig. Der Klagsverband ist keine Erstberatungsstelle! Weitere Arbeits-Schwerpunkte des Klagsverbands sind die Dokumentation von Gesetzen und Rechtsprechung im Bereich Antidiskriminierung und Gleichstellung und die Verbesserung der Gesetzgebung durch Stellungnahmen und Schattenberichte. Ein umfangreiches Workshop- und Seminarangebot zu den Themen Antidiskriminierung und Gleichstellung runden das Angebot des Klagsverbands ab.

**[www.klagsverband.at](http://www.klagsverband.at)**

## ROMANO CENTRO (WIEN)

Der Verein Romano Centro bietet Unterstützung für Betroffene von Diskriminierung an und setzt sich gegen Antiziganismus ein.

**Hofmannsthalgasse 2/2, 1030 Wien**

**Tel.: 01 7496336 15**

**[office@romano-centro.org](mailto:office@romano-centro.org)**

## STELLE ZUR BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNGEN (WIEN)

Die Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen der Gemeinde Wien ist für Personen zuständig, die sich u.a. aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit in den Bereichen (sofern diese durch Landesrecht geregelt sind) Soziales, Gesundheit, Bildung, Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (einschließlich Wohnraum) sowie Zugang zu selbstständiger Erwerbstätigkeit diskriminiert fühlen. Die Stelle ist auch für alle Bediensteten der Gemeinde Wien zuständig, darunter fällt diskriminierendes Verhalten eines/einer Bediensteten in Ausübung einer dienstlichen Tätigkeit oder diskriminierendes Verhalten gegenüber einer/eines anderen Bediensteten der Gemeinde Wien.

**Muthgasse 62, Riegel C 3.07, 1190 Wien**  
**Tel. 01/4000-38951 | post@bsb.wien.gv.at**

## VEREIN KARIKA (OBERWART)

Der Verein mit Sitz in Oberwart setzt sich gegen jede Form des Rassismus und der Diskriminierung und für die Verständigung zwischen Roma und Nicht-Roma ein. Der Schwerpunkt der Vereinstätigkeit liegt insbesondere in den Bereichen Menschenrechts- und Bürgerrechtsarbeit, pädagogische Arbeit, Information und Beratung.

**Andreas Hofergasse 18/2, 7400 Oberwart**  
**Tel.: +43 676 9306694 | verein.karika@gmx.at**

## VEREIN KETANI FÜR SINTI UND ROMA (LINZ)

Der Verein Ketani nimmt sich der Belange der Sinti und Roma an. Ketani kümmert sich um die Pflege der Kultur und Sprache, setzt sich für den Abbau von Vorurteilen ein und bietet Vorträge, Workshops etc. für Schulen und Bildungseinrichtungen an. Für durchreisende Sinti und Roma schuf der Verein zwei Durchreiseplätze in Braunau und Linz, seit Mai 2012 gibt es ein kostenloses Psychotherapie-Angebot für KZ-Opfer und deren Nachkommen. Ketani heißt „Miteinander“, in diesem Sinne engagiert sich der Verein für ein friedliches und besseres Miteinander aller.

**Wachrenergasse 2, A-4020 Linz**  
**Tel. 0732 318431 | Fax: 0732 318431-4**  
**verein.ketani@aon.at | www.sinti-roma.at**

## VEREIN ROMA (OBERWART)

Der Verein Roma in Oberwart ist die älteste Roma-Organisation Österreichs. Ziel des Vereins ist es die Lebenssituation der Roma in Österreich zu verbessern. Der Verein bietet Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder, Beratung in den Bereichen Arbeitsmarkt und Soziales an und informiert über Geschichte und aktuelle Situation der Roma.

**Evangelische Kirchengasse 3, 7400 Oberwart**  
**Tel. 03352-330 59 | Fax: 03352-330 59-4**  
**office@verein-roma.at**

## ZARA – ZIVILCOURAGE UND ANTI-RASSISMUS-ARBEIT

Der Verein ZARA in Wien informiert österreichweit über rechtliche und andere Möglichkeiten bei rassistischen Vorfällen

und Übergriffen und begleitet KlientInnen. Alle gemeldeten Fälle werden dokumentiert, eine Auswahl erscheint im jährlichen Rassismus-Report. Außerdem setzt der Verein Projekte und Kampagnen zur Sensibilisierung für rassistische Problematiken um und betreibt Präventionsarbeit in Form von Schulungen und Workshops.

**Schönbrunner Straße 119/13**  
**(Eingang: Am Hundsturm 7, 1050 Wien)**  
**Tel. 01 929 13 99 | office@zara.or.at**  
Kontakt Beratungsstelle: **Tel. 01 929 13 99** oder  
**beratung@zara.or.at | www.zara.or.at**

## TIPPS FÜR BETROFFENE UND ZEUGINNEN

**Es ist möglich, sich in Österreich gegen Rassismus und Diskriminierung zu wehren. Wer Zeuge/Zeugin von rassistischen und/oder diskriminierenden Vorfällen wird oder selbst betroffen ist, sollte in jedem Fall die Unterstützung einer Beratungseinrichtung in Anspruch nehmen.**

**Für Betroffene können folgende Tipps hilfreich sein:**

- Fordern Sie PassantInnen oder andere Anwesende auf, Ihnen zu helfen.
- Bringen Sie sich wenn notwendig in Sicherheit und rufen Sie die Polizei zu Hilfe.
- Sprechen Sie Personen an, die den Vorfall beobachtet haben, notieren Sie Namen und Kontaktdaten.
- Schreiben Sie sich auf, was genau passiert ist (Datum, Uhrzeit, Was wurde gesagt/getan?).
- Beziehen Sie eine Vertrauensperson (Freund/Freundin, Eltern, Lehrer/Lehrerin, Direktorin, Vorgesetzte, Betriebsrat,...) ein.
- Nehmen Sie die Unterstützung einer Beratungsstelle in Anspruch.
- Zeigen Sie rassistische Übergriffe oder Diskriminierung beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen bei der Polizei an, lassen Sie sich dabei von einer Vertrauensperson (etwa von einer Person einer Beratungsstelle) begleiten.
- Melden Sie rassistische Vorfälle oder Diskriminierung bei der Arbeit oder in der Schule dem/der Vorgesetzten, dem Betriebsrat, einem Lehrer/Lehrerin. Lassen Sie sich dabei von einer Vertrauensperson begleiten.

**Zeugen/Zeuginnen sollten folgende Tipps beachten:**

- Fordern Sie PassantInnen oder andere Anwesende auf, Ihnen zu helfen.
- Bieten Sie der betroffenen Person Unterstützung an.
- Bringen Sie sich und die betroffene Person wenn notwendig in Sicherheit und rufen Sie die Polizei zu Hilfe.
- Schreiben Sie sich auf, was genau passiert ist (Datum, Uhrzeit, Was wurde gesagt/getan?).
- Bieten Sie der betroffenen Person für ein allfälliges Verfahren Unterstützung als Zeugin/Zeuge an, geben Sie ihr Ihre Kontaktdaten.
- Informieren Sie über Beratungsangebote, lassen Sie sich bei Bedarf auch selbst beraten.



PKP BBDO

Mit freundlicher Unterstützung von Vienna Paint und adb.

**WENN WERTE MIT FÜSSEN GETRETEN WERDEN, TRETEN WIR FÜR SIE EIN.**

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende! SOS Mitmensch setzt sich lautstark, tatkräftig und unabhängig für Gleichberechtigung, Chancengleichheit und die Würde aller Menschen ein. Danke für Ihre Mithilfe.  
IBAN: AT 876 000 000 091 000 590 | BIC: OPSKATWW Mehr Informationen unter [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)  
SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.



**ALLE  
MENSCHEN  
SIND FREI  
UND GLEICH**

**UND WÜRDE  
RECHTEN GEBOREN**

**MENSCHENRECHTE**

**SIND NICHT TEILBAR**





INVESTIEREN SIE DOCH MAL ANDERS!  
WERDEN SIE TEILHABER:IN:



# Rassismustreie Gesellschaft!

Mit einer Spende oder einer Mitgliedschaft bei  
ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit  
investieren Sie in eine rassismustreie Gesellschaft.

Indem Sie die Arbeit von ZARA unterstützen,  
stellen Sie sicher, dass Ausgrenzung und Diskriminierung  
wegen Herkunft, Muttersprache oder ethnischer und religiöser Zugehörigkeit  
in Österreich rechtlich geahndet werden und  
Alltagsrassismus nicht salonfähig bleibt.

**«Spenden gegen Rassismus -  
spart Geld beim Fiskus!»**

Alle Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

**ZARA**  
ZIVILCOURAGE UND ANTI-RASSISMUS-ARBEIT

